Journalistenblatt

Die Journalistenverbände informieren

www.journalistenblatt.de

2
2016

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Eisige Welten am 79. Breitengrad

Fotoreporter Bernd Schumacher unterwegs auf Spitzbergen. Seite 4

Ist Boulevard Meinungsfreiheit? 16

Karola Wille, ARD: Vorwurf Lügenpresse 22

Datenjournalismus als Geschäftsmodell 24

WENN NIEMAND MEHR DIE ABHÖRPRAKTIKEN DER NSA AUFDECKT, SIND UNSERE DATEN DANN WIEDER PRIVAT?

DZI Spenden-Siegel

REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODEBB

REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT
[20 JAHRE]

Editorial

Liebe Kollegen,
zu den Ersten zu gehören, die Verantwortungsträger eines Landes im Umbruch treffen, verschafft Vorteile bei Aktualität und Glaubwürdigkeit in der Berichterstattung. „Überhaupt ist es das erste Mal seit dem Ende der Sanktionen, dass die iranische Regierung ausländische Journalisten zum Gespräch in Teheran empfängt, Fragen offen beantwortet und alle Termine einhält", schreibt Ingo Hasewend, Ressortleiter Außenpolitik bei der auflagenstarken *Kleine Zeitung* aus Österreich in seinem Bericht ab Seite 8.

Um derartige Pressereisen aufzustellen, benötigt es Ambitionen und Netzwerke wie die unseres Fachgruppenleiters für Internationale Beziehungen. Shams-Ul Haq reiste – unter anderem gemeinsam mit Vorstandsmitgliedern des Journalistenzentrum Deutschland – mehrfach nach Teheran, um die nötigen Kontakte aufzubauen, welche Termine mit hochrangigen Gesprächspartnern oder den Besuch außergewöhnlicher Orte erst möglich machen.

Aber auch die Kollegen aus der Tagespolitik müssen gelegentlich ausspannen. Die beste Gelegenheit dazu bietet der Presseball Berlin im Januar kommenden Jahres. Das Journalistenzentrum Deutschland ist Kooperationspartner und unterstützt den ältesten Presseball der Welt – „Tradition seit 1872". Der Gewinn der legendären Tombola geht diesmal übrigens zur Hälfte an Reporter ohne Grenzen. Die in DPV oder bdfj organisierten Medienmacher erhalten 35 Prozent Vergünstigung auf alle Karten. Mehr dazu auf den Seiten 32 und 33.

Wir sehen uns.
Ihre Redaktion des **journalistenblatt**

www.journalistenblatt.de

Inhaltsverzeichnis

4 **Eisige Welten am 79. Breitengrad**
Fotoreporter Bernd Schumacher berichtet von seiner Reise mit dem Schneescooter durch die Arktis, nur 1000 Kilometer entfernt vom Nordpol

8 **Pressegespräch mit Regierungsvertretern in Teheran**
Pressereise des Journalistenzentrum Deutschland

11 **Rechtliche Grenzen des Fotojournalismus**
Fotografieren verboten oder eingeschränkt? Teil 1

12 **Lizenz zum Berichten**
Journalistenvisum außerhalb der EU

14 **Rangliste der Pressefreiheit**
Reporter ohne Grenzen sagt: Journalisten stehen weltweit zunehmend unter Druck

16 **Boulevard ist Meinungsfreiheit**
Boulevardzeitungen sind auf eine ruppige Weise egalitär

19 **Im Visier der Meute – Wie fühlt sich das an?**
Bericht von der Jahrestagung von Netzwerk Recherche

22 **ARD-Vorsitende Karola Wille zum Vorwurf Lügenpresse**

24 **Datenjournalismus als Geschäftsmodell**
Visualisierung von Daten mit journalistischen Mitteln

28 **Crowdfunding im Journalismus**
Wenn Dein Verlag ein Schwarm ist

29 **Ein starkes Signal für die deutsche Medienlandschaft**
IPI-Weltkongress vom 18. bis 20. Mai 2017 in Hamburg

30 **Beim Hackathon treffen Welten aufeinander**
Kurz vorgestellt: nma, ein Accelerator-Programm der Verlagsbranche

32 **Presseball Berlin**
Tradition seit 1872 – ein Ball mit großer Geschichte im Zeichen der Presse- und Meinungsfreiheit

34 **Neues zu Arbeitszimmer und Arbeitsecke**
Machtwort des Bundesfinanzhofs

36 **Der Rest unterm Strich**
Was Freiberuflern von ihrem Honorar wirklich übrigbleibt

37 **Fehler im Steuerbescheid**
Einspruch innerhalb eines Monats

38 **Der einfache Weg zur PressCreditCard**

39 **Engagement – RückBLENDE, Impressum**

Titelfoto: Bernd Schumacher

EISIGE WELTEN am 79. Breitengrad

Pressereise nach Spitzbergen

Ich lese eine Mail vom Journalistenzentrum Deutschland für eine Pressereise nach Spitzbergen. Mein Interesse ist hoch, schon lange hatte ich eine solche Reise geplant. Eine Reise in die Arktis fehlte mir noch nach meinen Bergtouren auf viele Gletscher wie etwa im Wallis, Berner Oberland oder Frankreich – weite Landschaften, Lebensbedingungen, die nicht für Menschen geschaffen sind und Horizonte, die meist nur zwei Farben haben: weiß und blau – hier komme ich in Welten, die uns evolutionsgeschichtlich näher stehen als Großstädte, Autobahnen oder Einkaufszentren, die durch ihre Schönheit und Rauheit ein tiefes Gefühl von Harmonie geben, in denen wir den Antworten zum Sinn des Lebens näher kommen.

Die Reise ist mit Schnee-Scootern ausgeschrieben. Lieber wäre es mir gewesen, mit Schlittenhunden die Tour zu machen, zu sehen, wie sich Mensch und Tier zu einer Gemeinschaft vereinen, wo Mensch und Tier aufeinander angewiesen sind; aber der Zeitplan hierfür war zu knapp.

Ich bereite meine Ausrüstung vor, lese Bücher, schaue Filme an, weiß jetzt, dass Spitzbergen ein Archipel ist, bestehend aus mehr als 400 Inseln und dass die Gegend um Longyearbyen an der Süd-West-Küste wegen des vorbeiziehenden Golfstroms die einzig bewohnbare Gegend ist. Wenn wir Mitte März starten, dann ist die Polarnacht bereits seit vier Wochen beendet. Sie dauert in Longyearbyen fast vier Monate, nämlich vom 26. Oktober bis 16. Februar. In dieser Zeit ist es stets Nacht. Die Sonne geht nie auf.

Eine einfache Frage mit profanen Auswirkungen

Dann ist es endlich so weit, ich bin am Flughafen beim Einchecken. Mein Flug geht von Frankfurt am Main nach Oslo und dann weiter nach Longyearbyen. Am Schalter fragt mich ein freundlicher junger Mann, ob Spitzbergen zu Norwegen gehört. Jetzt hat er mich auf dem linken Fuß erwischt, dazu habe ich zu wenig gelesen. Ich kann ihm nur sagen, dass Norwegen die Verwaltung hat. Er erklärt mir den Grund seiner Frage. Wenn der Weiterflug von Oslo nach Longyearbyen Inlandsflug ist, muss ich mein Gepäck in Oslo abholen und es zum Weiterflug wieder einchecken. Wenn es ein internationaler Flug ist, wird das Gepäck automatisch umgeladen.

Ich war erstaunt, welch profane Auswirkungen diese Frage hat, ob Spitzbergen norwegisches Staatsgebiet ist. Ich nutze die Wartezeit bis zum Abflug und recherchiere im Internet.

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts war Spitzbergen ein für alle Staaten uninteressantes Gebiet. Lediglich der Fischfang, insbesondere der Walfang, interessierte sich für diese Region. Mit der Industriealisierung änderte sich jedoch das Interesse, weil die Insel über Kohlevorkommen verfügt, die qualitativ überdurchschnittlich gut sind. Im Hinblick auf das steigende internationale Interesse an der Inselgruppe wurde im Februar 1920 in Paris der so genannte Spitzbergenvertrag geschlossen. Spitzbergen war immer staatenlos und blieb dies auch nach dem Spitzbergenvertrag. Der Archipel wurde nicht norwegisches Staatsgebiet, sondern dem Land wurde lediglich die Verwaltung übertragen.

Ziel des Spitzbergenvertrags war, die friedliche Entwicklung sicherzustellen. Mi-

Fotos: Bernd Schumacher

Nach Schneesturm kommt Sonnenschein

litärische Aktionen sind dort verboten. Alle Angehörigen der Vertragsstaaten haben das Recht auf Arbeit und zur Unternehmensgründung. Die Gewinne müssen aber in Spitzbergen bleiben. Der Anteil nichtnorwegischer Nationalitäten ist daher auf Spitzbergen sehr hoch. Die Inselgruppe wird seit dem Spitzbergenvertrag im norwegischen Sprachgebrauch auch Svalbard genannt, was kühle Küste heißt.

Ich komme in Oslo an und bin verunsichert, ob mein Gepäck auch wirklich automatisch umgeladen wird. Es wäre fatal, wenn ich in der Arktis ohne meine Fotoausrüstung wäre. Ich denke, es sei besser, nochmals zu fragen und gehe zur Information. Der Gesichtsausdruck war klar, der Herr war sich nicht sicher, er schickte mich vorsorglich zum Schalter der Fluggesellschaft. Hier erhalte ich eine klare und zweifelsfreie Antwort: Das ist ein internationaler Flug, mein Gepäck wird automatisch umgeladen. Vorsorglich gehe ich noch zur Gepäckankunft. Aber mein Gepäck ist nicht dabei.

Eisbären besuchen nur mit Führer

Auf Longyearbyen übernachten wir in einer Unterkunft der Minenarbeiter. An einem langen Gang liegen aneinandergereiht die kleinen Zimmer, links und rechts jeweils mit zwei Betten ausgestattet. Die Schutzhelme für die Minenarbeiter sind noch aufgereiht, als würden die Minen noch in Betrieb sein. Aber sie wurden vor einigen Jahren geschlossen.

Heute hat der Tourismus diese Infrastruktur übernommen. Wir treffen vorwie- ▶

gend junge Leute, Sportler, die die Gegend mit Langlaufski erkunden, aber auch Abenteurer, die Longyearbyen als Basiscamp für längere Unternehmen mit Zelt und Ski zur Ostküste nutzen, wo die Eisbären leben. Erlaubt ist dies nur mit Führern, die eine eigene Zulassung benötigen. Spitzbergen will so verhindern, zu sehr mit Rettungsaktionen in die Pflicht genommen zu werden. Zu gefährlich sind nicht nur Eisbären und Kälte, sondern auch die Orientierung. Kein Baum, kein Haus, nichts dient der Orientierung. Wenn dann noch die Sicht schlecht ist, bedarf es erhöhter Kenntnisse der Navigation, um den richtigen Weg zu finden.

Kohle hier in der Arktis, denke ich? Wie kann das sein, dann müsste es hier irgendwann sehr grün gewesen sein? Ich recherchiere zu diesen Fragen und bin erstaunt. Die Inselgruppe wanderte in 600 Millionen Jahren vom Südpol bis fast zum Nordpol, und vor circa 40 bis 60 Millionen Jahren war das Klima in der Arktis anders. Die Temperaturen waren warm und gemäßigt, es wuchsen Mammutbäume bis zu 50 Meter Höhe.

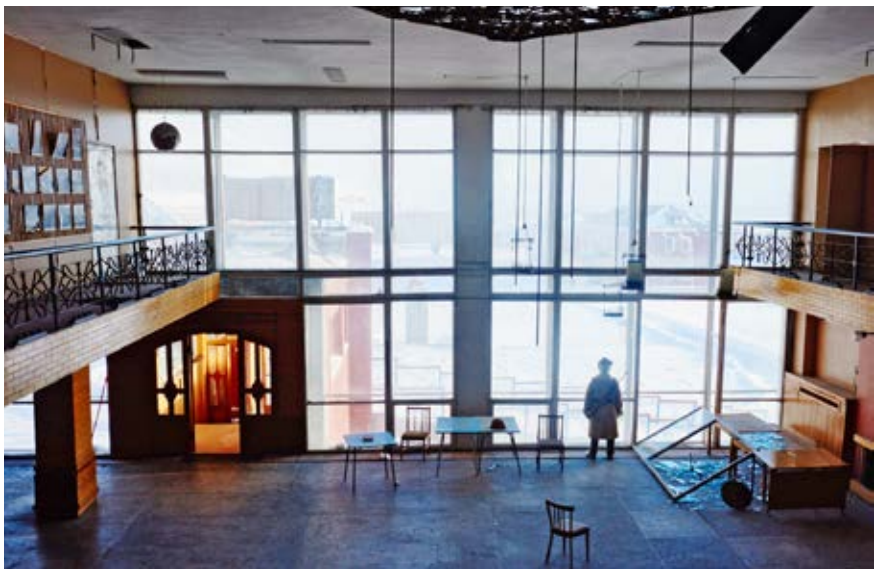
Nicht nur für Sportler und Abenteurer ist Longyearbyen heute interessant. Es gibt dort eine Universität, die internationale Forschungsprojekte in der Arktis koordiniert. Wir werden von dem Projektleiter über die aktuellen Projekte informiert. Meereskunde, Wetterkunde und Geophysik sind beliebte Forschungsprojekte.

Am nächsten Tag geht es weiter nach Barentsburg, in der Luftlinie 30 km entfernt. Auch dieser Ort ist als Bergarbeitersiedlung entstanden. Der Ort ist russisch und es wird noch Kohle abgebaut. Es gibt keinen direkten Weg dorthin. Wir umfahren die Berge und sind mit unseren Schnee-Scootern zwei Stunden unterwegs. Wir haben teilweise große Schwierigkeiten, mit unseren Schneemobilen durch bergiges Gelände und Neuschnee zu fahren. Oft bleiben wir stecken und mussten die Schneemobile wieder ausgraben.

Erfrierungen in der Kälte

Dann geht es weiter nach Pyramiden, dem nördlichsten Ort der Erde. Die Ansiedlung liegt in der Luftlinie zwar nur circa 60 Kilometer nördlich von Longyearbyen im Inne-

Charme der untergegangenen Sowjetunion



Spät in der Nacht kommen wir in Pyramiden an. Der Ort liegt knapp beim 79. Breitengrad. Ein großes Schild mitten in dem kleinen Ort berichtet davon mit Stolz. Damit liegt Spitzbergen erheblich nördlicher als Kanada oder Alaska. Zum Nordpol sind es gerade mal noch 1000 km.

Ich bin fasziniert von dem Ort. 1921 haben hier die Schweden mit dem Kohleabbau begonnen. Wenige Jahre später hat die noch junge Sowjetunion den Ort übernommen und vor 50 Jahren für circa 1.200 Minenarbeiter und ihre Familien ausgebaut. Pyramiden hat einen Hafen, der aber weit-

Fotos: Bernd Schumacher

Recherche unter erschwerten Bedingungen: Erfrierungen nicht ausgeschlossen

ren der Insel. Wir stellen uns aber auf eine lange Fahrt ein, weil wir einen großen Fjord umfahren müssen. Je weiter wir uns vom Golfstrom entfernen, desto rauer wird das Klima. Am Nachmittag kommen wir auf eine Hochebene, über die der Wind mit Minus 25 Grad Celsius bei Sturmgeschwindigkeit fegt. Mir wird bewusst, was es heißt, wenn Temperaturen in tatsächlicher und gefühlter Temperatur angegeben werden. Gefühlt sind es -40 Grad Celsius. Der Sturm ist so heftig, dass er von mehreren Scootern die Frontscheibe wegreißt. In hohem Bogen schießen sie über die unendlichen Weiten von Schnee und Eis. Nichts hält sie auf. Mir bläst der Sturm durch kleine Öffnungen unter den Helm, so dass ich Erfrierungen im Gesicht erleide. Das fühlt sich an und sieht auch so aus wie ein starker Sonnenbrand. Nach mehreren Tagen ist es dann aber verheilt.

gehend zugefroren ist. Sogar ein Kindergarten wurde errichtet. Die Gebäude sind alle in guter Bausubstanz, aber verlassen. Denn 1998 entschieden sich die Russen, die Kohleförderung einzustellen. Lange Zeit war dieser Ort völlig verwaist. Heute leben vier Menschen ständig dort. Sie versorgen uns vorzüglich in einem großen Hotel, welches schon mal bessere Zeiten gesehen hat – als viele Besucher im Zusammenhang mit dem geschäftlichen Treiben der Kohleförderung hierher kamen.

Das Wetter auf unserer Reise ist nahezu perfekt, an nur zwei Tagen schneit es, sonst immer klar und Sonnenschein. Die tiefstehende Sonne, die weiten Flächen aus Schnee und Eis und die in der Luft schwebenden Eiskristalle erzeugen eine faszinierende Stimmung. Wir erkunden die Hochflächen oberhalb von Pyramiden. Weite Flächen, bizarre Formationen im Schnee, die Wind und Kälte modelliert haben, Kunstwerke der Natur, fantastisch beleuchtet, und dazu die lieblich geformten Formen der Berge, ideale Formationen der Harmonie.

Für den Abend sind Nordlichter angesagt. Die Polarlichter werden durch elektrisch geladene Teile des Sonnenwindes erzeugt, die an den Polkappen auf die Erdatmosphäre treffen. Als es dunkel geworden ist, stellen wir unsere Ausrüstung in dem zugefrorenen Fjord auf. Wir warten, von Nordlichtern keine Spur, nichts. Ich betrachte den fantastischen Sternenhimmel und suche das Sternbild des Bären. Denn der Begriff Arktis kommt aus dem Altgriechischen und heißt Bär, weil die Region der Arktis unter dem Sternbild des Großen Bären liegt. Plötzlich! War da was? Zart und zunächst sehr unscheinbar sehen wir grünes Licht am Himmel flackern. Jetzt kommt es, das Polarlicht. Langsam steigert sich das Flackern – aus schwachen grünen Bändern werden starke und helle, mal breit, mal schmal, dazwischen Dunkelheit – der Himmel ist die Bühne, ein fantastisches Potpourri der Beleuchtung – ein Staccato des Lichterspiels. Zwei Stunden später kehren wir durchgefroren, aber mit vielen schönen Bildern im Kasten zurück.

Nach zehn Tagen seit unserer Ankunft geht es zurück nach Deutschland. In nur so kurzer Zeit hat die Umgebung eine tiefe Zufriedenheit in mir erzeugt. Wenn ich die Nachrichten aus der Welt von Terror, Politik, Geld und Intrigen lese, so kommen mir diese Nachrichten wie Nachrichten von einem fernen Stern vor. Aber diese Welt ist nur vier Flugstunden entfernt. Jetzt ist die Welt, von der ich komme, die andere Welt. Nun wieder am 48. Breitengrad.

Der DPV-Journalist **Günter Seefelder** *schreibt neben betriebswirtschaftlichen und wirtschaftsrechtlichen Themen auch über das Erleben von Europa, seiner Kultur, Historie und seinen Geschichten.*

Der Fotograf **Bernd Schumacher** *ist seit dem Jahr 2001 DPV-Mitglied. Seine Recherchen führen ihn in die ganze Welt. Dabei interessieren ihn der Blick hinter die Kulissen, Orte, zu denen für gewöhnlich kein Zugang besteht, Fotografieren unter erschwerten Bedingungen. Freie Projekte mit Kollegen und Künstlern sowie zahlreiche Fotoausstellungen runden seine Arbeit ab. www.berndschumacher.com*

Kritische Gespräche mit Regierungsstabschef Nahavandian

Pressegespräch mit Regierungsvertretern in Teheran

Pressereise des Journalistenzentrum Deutschland

Im Foyer des Forschungsreaktors in Teheran hängen wie überall im Iran die Bilder zweier alter Männer mit weißem Bart und schwarzem Turban. Es sind die Porträts von Ajatollah Ali Khamenei und dem längst verstorbenen Führer der islamischen Revolution Ajatollah Ruholla Khomeini. Unter den zwei Mullahs warnt eine rote Leuchtschrift: „Reaktor is on". Die Atomkraft ist aktiv.

Es wäre das Foto dieser Reise gewesen, denn erstmals seit dem Wiener Atomdeal vom Juli 2015 haben die Machthaber in Teheran eine kleine Gruppe deutschsprachiger Journalisten in einen Atomreaktor hineingelassen. Doch Mobiltelefone und Kameras wurden vorsorglich am Eingang eingesammelt und die spontane Aufnahme eines Atomwissenschaftlers, der sich nach langem Beknien erbarmt hatte, musste nach einem Telefonat auf Anweisung von offenbar höchster Stelle wieder gelöscht werden. Bei aller Offenheit, die man westlichen Medien gegenüber derzeit versucht zu zeigen: Beim Nuklearthema ist man nervös. Nur kein missverständliches Bild zeigen so kurz vor dem ersten Jahrestag des Wiener Atomabkommens.

Überhaupt ist es das erste Mal seit dem Ende der Sanktionen, dass die iranische Regierung ausländische Journalisten zum Gespräch in Teheran empfängt, Fragen offen beantwortet und alle Termine einhält. Bislang waren die iranischen Botschaften in Berlin, Wien oder Bern unter deutschsprachigen Journalisten eher dafür bekannt, Visaanträge zu verschleppen, auf Telefonanfragen und E-Mails nicht oder nur mit Vertröstungen zu antworten. Meist hing es auch am Informationsministerium in Teheran, dass Journalisten mitunter Jahre auf ein Visum warten mussten.

Doch seit dem Ende des jahrzehntelangen Streits um das umstrittene Atomprogramm hat die Regierung in Teheran gesteigertes Interesse, sein Image im Westen aufzupolieren. Das hat allerdings auch einen tieferen Grund. Präsident Hassan Rohani muss sich mit seiner Regierung im kommenden Jahr dem Wahlvolk stellen. Wenn die Aufhebung der Sanktionen und der Verzicht auf die Ambitionen als Atommacht nicht bald wirtschaftliche Erfolge zeigen (also quasi vom Westen belohnt werden), dann könnte die Geduld der Mullahs schnell zu Ende sein und auch die Geduld der jungen Iraner mit dem moderaten Präsidenten.

In Journalistenrunde wird heftig gestritten

Vor allem aber ist man nach jahrelanger Isolation in der Weltgemeinschaft offensichtlich streitlustig. Die Besuche bei der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zeigen dies ebenso deutlich wie Gespräche mit Medien, die weniger unter dem Einfluss des Staates stehen. Der Chef der IRNA, Mohammed Khodadadi lädt die Journalistendelegation zu einer großen Diskussionsrunde mit der gesamten Führung der Nachrichtenagentur und namhaften Vertretern der Universitäten, bei der intensiv über die unterschiedlichen Weltanschauungen gestritten wird. Diese hitzige Runde, bei der alle landläufigen gegenseitigen Vorurteile und Vorwürfe offen wie selten zuvor auf den Tisch kommen, zeigt, wie viel Diskussionsbedarf zwischen den beiden Welten besteht.

Es besteht aber nicht nur Redebedarf bei den iranischen Medien. Am Gespräch mit der deutschen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, der Schweizer *Neue Zürcher Zeitung*, der österreichischen *Kleine Zeitung* und der Wochenzeitung *Die Zeit* sind auch der Präsidenten-Stabschef Mohammad Nahavandian, Vizeaußenminister Majid Takht Ravanchi sowie der Sprecher des Obersten Nationalen Sicherheitsrates Keyvan Khosravi interessiert. Sie alle antworten geduldig und höflich auf die vielen kritischen Fragen, nutzen dann aber auch im Anschluss die Gelegenheit, ihre Ungeduld auszudrücken, das zögerliche Vorgehen der Europäer und der Amerikaner anzusprechen und die Doppelmoral des Westens in ihrer Politik im Nahen Osten zu kritisieren. Ohnehin sind neben der Prima Causa noch der Syrienkrieg, der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran sowie die Bekämpfung der Terrormiliz „Islamischer Staat" die maßgeblichen Themen bei den politischen Gesprächen.

In Teheran wird gerade aber nicht nur in den politischen Zirkeln alles für die „Operation Goldrausch" vorbereitet. Nahezu täglich reisen Wirtschaftsdelegationen aus Europa an, um nach dem Sanktionsende die Möglichkeiten für das große Geschäft auszuloten.

Ein Standardprogrammpunkt für alle Delegationen ist das Autowerk der Khodro Industriegruppe. Auch der Journalistengruppe öffnen sich die Werktore und man präsentiert voller Stolz das eigene iranische Fahrzeugmodell, die Produktionslinien mit westlichen Modellen und vor allem die vielen Maschinen mit dem Label „Made in Germany". Deutsche Ingenieurskunst hat im Iran einen enorm guten Ruf. Über die Sanktionen und ihre Folgen verliert man allerdings kein Wort. Ob es zu Produktionsengpässen kam, wie fehlende Rohstoffe kompensiert wurden, wie man Zahlungen mit Kunden und Lieferanten abgewickelt hat, während man vom internationalen Bankensystem abgekoppelt war, will man nicht beantworten. Die Pressesprecherin reagiert auf jede verdächtige Frage überaus gereizt. Andere technische Mitarbeiter antworten da schon freigiebiger und geben einen kleinen Einblick, wie schwer das Leben der Wirtschaftstreibenden, aber auch der normalen Menschen während der Sanktionen gewesen sein muss – und zum Teil noch immer ist. ▶

Alle Fotos: Arnulf Stoffel

Wie überall auf der Welt – Hektik im Newsroom

Laut staatlicher Nachrichtenagentur IRNA sind „höchtens acht Journalisten in Haft". Reporter ohne Grenzen hat andere Zahlen

Die iranische Wirtschaft wartet deshalb noch ungeduldiger als die Politik auf den freien Zugang zum Weltmarkt sowie auf die Aufhebung der Hemmnisse im Zahlungsverkehr und man hört oft bei Gesprächen mit Unternehmern in Teheran, dass man sich noch mehr Tempo wünsche. Die Sanktionen haben das Land ausgedürstet, doch sie haben auch einen Sinneswandel bewirkt. „Wir sind an einem historischen

Ständig im Dialog, um Fakten und Meinungen zu sammeln

Wendepunkt angelangt", sagt Mohsen Jalalpour. Der Präsident der iranischen Industrie-, Handels-, Montan- und Landwirtschaftskammer bestätigt, dass viele Sektoren vom Öl abhängig sind. „Alle Fehler, die wir gemacht haben, wurden früher mit Ölgeld abgefangen", sagt Jalalpour. Das habe sich während der Sanktionen gerächt, weshalb man nun die Abhängigkeit vom Öl verringern müsse. Der Blick richtet sich dabei auch auf die Solarenergie, allerdings trägt sie bislang weniger als ein Prozent zur Energieerzeugung bei. Das Land wird zu knapp 67 Prozent von Gas und zu ungefähr 25 Prozent vom Öl angetrieben. Atomenergie macht drei Prozent aus, Wasserkraft immerhin fast acht. Jalalpour lässt während des Gesprächs nicht nur den im Iran bei jedem Gespräch üblichen Willkommenstee servieren, er reicht auch reichlich Pistazien. Kein Wunder, gehört der Wirtschaftskammerchef doch zu den größten Pistazienproduzenten des Landes. Der Iran wiederum ist Weltranglistenerster beim Export der kleinen Steinfrucht.

„Unsere rote Linie ist die Wahrheit"

Eine rote Linie allerdings spürt man bei allen offiziellen Gesprächen im Iran gleichermaßen. Es ist die Frage nach den Arbeitsbedingungen von Journalisten. Aus westlichen Diplomatenkreisen heißt es dazu, 40 bis 50 iranische Journalisten sitzen in Haft. Diese Zahl will man aber weder bei der IRNA, noch im Informationsministerium, noch von staatsfernen Medien bestätigen. Im Gegenteil: Wenn Journalisten derzeit in Haft seien, und das wären allenfalls sieben oder acht, dann hätte das banale Gründe und keine presserechtlichen. Also private Verfehlungen, wie sie auch einem Bäcker, Banker, Landwirt oder sonst wem passieren würden. Der Chefredakteur der IRNA rühmt sich sogar, dass die Regierung bisher schon vier Prozesse gegen ihn angestrebt habe, aber er ausnahmslos alle gewonnen hätte. „Unsere rote Linie ist die Wahrheit", sagt Khodadadi. Doch Khodadadi hält es offenbar selbst mit der Wahrheit nicht ganz so genau. Denn Keyvan Khosravi bekräftigt, dass es sehr wohl rote Linien im Land gibt und er ist schließlich der Sprecher der mächtigsten Institution im Land. Alle grundlegenden Entscheidungen werden im Obersten Nationalen Sicherheitsrat getroffen. Neben dem Präsidenten sitzen im Rat der Chef der Revolutionsgarde, der Generalstabschef und der Militärchef, der Geheimdienstchef, der Chef des Wächterrates und der Oberste Richter – alle vom Revolutionsführer ernannt, der in diesem großflächig abgeschirmten und schwer bewachten Komplex im Nachbargebäude sitzt. Zu den roten Linien gehören laut Khosravi Themen, die die nationale Sicherheit gefährden oder die Lage aufwiegeln könnten, etwa durch Populismus oder Rassismus sowie moralische Verfehlungen. Allerdings sei derzeit kein Journalist in Haft, der nach diesen Kriterien angeklagt wurde, sagt Khosravi. Der nationale Sicherheitsrat sei ja schließlich kein Überwachungsapparat, behauptet Khosravi, denn man habe ein gutes Verhältnis zu den Medien, um im Vorfeld bereits zu verhindern, dass diese roten Linien überschritten werden. Allein sein Nachsatz zeigt, wie gut die Schere im Kopf der Journalisten offenbar funktioniert.

Alle Fotos: Arnulf Stoffel

Die Pressereise wurde unter der Leitung des Fachgruppenleiters für Internationale Beziehungen, Shams-Ul Haq (Bild Mitte), in Kooperation mit iranischen Behörden und mit Unterstützung von Turkish Airlines organisiert

In einem ist sich IRNA-Chefredakteur Khodadadi allerdings mit den ausländischen Printjournalisten einig. Auch ihn umtreibt die Sorge, dass Zeitungen und Zeitschriften mit einer mächtigen Konkurrenz zu kämpfen haben und zeigt vieldeutig auf sein Mobiltelefon. „Wir müssen etwas anders machen, aber wissen noch nicht was. Zeitungen und Zeitschriften werden in Zukunft in dieser Form nicht mehr gebraucht." Deshalb baut die IRNA derzeit den iranisch- und den englischsprachigen Internetauftritt aus. Bei der digitalen Nutzung von Medien sind die jungen Iraner dem Westen vielleicht sogar voraus.

Den Text schrieb **Ingo Hasewend.**
Er ist Ressortleiter Außenpolitik bei der Publikation Kleine Zeitung (www.kleinezeitung.at) in Österreich.

Die Bilder stammen von **Arnulf Stoffel.**
Das langjährige DPV-Mitglied arbeitet als Bildautor und freier Pressefotograf im In- und Ausland für Print- und Onlinemedien sowie Presseagenturen. Arnulf Stoffel befindet sich immer auf der Suche nach neuen Motiven, außergewöhnlichen Bild-Ideen und besonderen Aufnahmetechniken und war dazu unter anderem im karibischen und asiatischen Raum unterwegs. www.octokopter.net

Rechtliche Grenzen des Fotojournalismus Teil 1

Foto: Pe3k

Wann das Fotografieren verboten oder nur eingeschränkt erlaubt ist, erfahren Sie in den kommenden Folgen dieses Artikels

Journalisten arbeiten mit urheberrechtlich geschützten Inhalten. Es ist dadurch sehr wahrscheinlich, dass sie sich früher oder später mit den entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen vertraut machen müssen, die den Umgang mit Lichtbildern und Lichtbildwerken regeln. Bestimmte Nutzungen sind problemlos erlaubt, doch sind dabei die Grenzen des Erlaubten genauestens einzuhalten, um rechtliche Konflikte zu vermeiden.

Das Urheberrecht zieht die Grenzen der Nutzung von Inhalten. Nicht selten jedoch missachten Journalisten aus Unwissenheit diese Grenzen, da ihnen die Regelungen des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) weitgehend unbekannt sind. Schon geringfügige Verletzungen des Urheberrechts oder des Leistungsschutzrechts des Lichtbildners werden als Urheberrechtsverletzung qualifiziert. Dann drohen Abmahnungen, die nicht selten erhebliche Kosten nach sich ziehen.

Die Nutzung, also Vervielfältigung, Verbreitung sowie das öffentliche Zugänglichmachen gemeinfreier, weil nicht geschützter Inhalte und Bilder, ist grundsätzlich problemlos möglich. Gleiches gilt, wenn die Art der Nutzung das Urheberrecht gar nicht betrifft (beispielsweise beim Framing) oder sofern eine der „Schranken" des Urheberrechts – also eine der gesetzlichen Ausnahmen – greift. Aber was ist überhaupt durch das Urheberrecht geschützt? Das Urheberrechtsgesetz schützt im Teil 1 das eigentliche Urheberrecht, im Teil 2 sogenannte „verwandte Schutzrechte"; die übrigen Teile des Gesetzes regeln weitere Besonderheiten dieser sogenannten Immaterialgüterrechte.

Ein Urheberrecht kann entstehen für Werke der Literatur, Wissenschaft und Kunst (§ 1 UrhG). Was das im Einzelnen alles sein kann, stellt das Gesetz beispielhaft in einem Katalog dar (§ 2 Abs. 1 UrhG). Für Journalisten sind die wichtigsten daraus regelmäßig „Sprachwerke", „Lichtbildwerke" und „Filmwerke", also Texte, Fotos und Filme. Bereits durch den Akt der Schöpfung entsteht das Recht am Werk, vollkommen automatisch, ohne dass es einer Registrierung bedarf. Aber längst nicht jedes Geisteswerk ist auch schutzfähig. Allgemein muss ein Werk, um Urheberrechtsschutz zu genießen, eine „persönliche geistige Schöpfung" sein (§ 2 Abs. 2 UrhG). Damit es schutzfähig ist, muss jedes Werk eine gewisse „schöpferische Eigentümlichkeit" oder sogenannte „Schöpfungshöhe" aufweisen (vgl. z.B. BGH, Hinweisbeschluss vom 26.02.2014, Az. I ZR 121/13). Die üblichen journalistischen Leistungen erfüllen diese Voraussetzung in aller Regel. Ein Werk, das keinerlei schöpferische Züge aufweist, ist von vornherein nicht urheberrechtlich geschützt. Ab wann genau eine Schöpfung in diesem Sinne vorliegt, ist eine Bewertungsfrage, die den Gerichten gewisse Spielräume einräumt – mit der Folge von Unsicherheiten für etwaige Streithähne.

Die sogenannten „verwandten Schutzrechte" ergänzen das Urheberrecht. Sie gewähren etwa dem Fotografen neben dem Urheberrecht in §§ 72ff. UrhG ein weiteres Schutzrecht, das auch solche Fotografien betrifft, die nicht die notwendige Schöpfungshöhe aufweisen und nur als „Schnappschüsse" zu qualifizieren sind. Fotografien sind damit umfassender geschützt als andere Werkkategorien, wie etwa Texte, weil sich in Bezug auf Fotografien nämlich die Frage nach der „schöpferischen Eigentümlichkeit" nicht stellt. Sie sind ausnahmslos geschützt. Fotografen können ihre Rechte damit einfacher durchsetzen als etwa Urheber von Texten oder Gemälden.

Wird in der nächsten Ausgabe des journalistenblatt fortgesetzt

Olaf Kretzschmar *ist der Spezialist für Medien- und Presserecht im Journalistenzentrum Deutschland. Er steht den Mitgliedern von DPV und bdfj auch innerhalb der kostenfreien Rechtsberatung für Fragen zur Verfügung.*
Der Journalist und Hausjustiziar führt eine eigene Kanzlei (www.kiel-recht.de) und verfasst im „Brennpunkt Recht" regelmäßig Fachartikel.

Foto: scyther5

Eine „persönliche geistige Schöpfung" genießt den Urheberrechtsschutz

Foto: CWB

Wer beruflich viel unterwegs ist, weiß: jedes Land hat seine eigenen Regeln

Lizenz zum Berichten

Journalistenvisum außerhalb der EU

Für viele Länder außerhalb der EU müssen Medienschaffende aus Deutschland ein Visum beantragen, wenn sie dort journalistisch tätig werden wollen. Das erfordert eine Reihe von Unterlagen und einigen zeitlichen Vorlauf.

Ob USA, Russland, Tansania oder Iran – in vielen Ländern außerhalb der EU dürfen deutsche Medienschaffende nur mit einem speziellen Visum journalistisch tätig werden. Wer mit einem Touristen- oder Geschäftsvisum einreist und berichtet, muss mit Ausweisung rechnen.

Je nach Staat wird bei einem Visum zwischen Journalisten/Korrespondenten und technischen Mitarbeitern wie Kameraleuten oder Tontechnikern unterschieden. Zum Teil werden je nach geplanter Aufenthaltsdauer unterschiedliche Visa erteilt. So gibt es für China beispielsweise zeitlich begrenzte und langfristige Akkreditierungen für ausländische Journalisten. Insbesondere bei kürzeren Aufenthalten verlangen die Behörden genaue Informationen zur geplanten Berichterstattung. So fordert China beispielsweise mit dem Visumsantrag einen Zeitplan mit allen Dreh- oder Interviewterminen sowie schriftliche Bestätigungen der Interviewpartner.

Für die USA benötigen Journalisten ein sogenanntes I-Visum. Es muss beim US-Konsulat in Deutschland beantragt werden. Es zählt zu den Nichteinwanderungsvisa und ist zeitlich begrenzt gültig. Die US-Behörden fordern für den Visumsantrag neben einem gültigen Reisepass eine Bestätigung des Medienunternehmens, für das berichtet werden soll. Auch freie Journalisten brauchen ein solches Schriftstück. Bei dem Medienhaus, das den Journalisten entsendet, durfte es sich bis vor kurzem nicht um ein US-Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Staaten handeln. Im Gegensatz zu früher ist es aber jetzt eben-

Einige Länder machen den Weg zum Journalistenvisum beschwerlich

Foto: Freedom_Studio

Foto: Pavel L Photo and Video

Wer in Russland im öffentlichen Raum dreht, sollte zur Vermeidung von Repressalien im Besitz der erforderlichen Erlaubnisse sein

falls möglich, dass die Bescheinigung des Arbeits-/Auftraggebers durch ein US-Unternehmen (Zweigstelle, Büro oder Tochter eines amerikanischen Netzes, einer Zeitung oder anderen Medienstelle) erstellt wird. Dies gilt aber nur, wenn der Journalist in die Vereinigten Staaten reist, um „über Ereignisse innerhalb der USA ausschließlich für ein Publikum oder eine Leserschaft außerhalb des Landes" zu berichten. Ansonsten ist es wichtig, dass erkennbar wird, dass der Journalist kein Gehalt beziehungsweise keine Honorarleistungen aus US-Quellen erhält, sondern alle Entgeltzahlungen weiterhin über Deutschland (bzw. Österreich, Schweiz …) geleistet werden. Journalisten, die amerikanische Journalisten ersetzen oder verstärken, die über Ereignisse in den USA für ein amerikanisches Publikum berichten, benötigen ein Arbeitsvisum. Zwingend erforderlich ist weiterhin die Vorlage des Presseausweises, welchen die Berufsverbände DPV oder bdfj nach entsprechendem Nachweis für Journalisten ausstellen. Zudem ist noch ein persönliches Interview in einem der zuständigen US-Konsulate in Deutschland notwendig.

Ähnliche Bestimmungen gelten auch bei Journalistenvisa für andere Staaten. Oft werden die Anträge erst von den Behörden in den jeweiligen Ländern geprüft. So entscheidet beispielsweise in Russland das Außenministerium über die Vergabe eines Journalistenvisums. Neben Pass und Arbeitsbestätigung des Medienunternehmens wird hier auch ein Lebenslauf mit Angaben zur journalistischen Laufbahn gefordert. Eine Akkreditierung als freier Journalist ohne festen Auftraggeber ist nicht möglich.

Grundsätzlich gilt, dass für einen Visumsantrag genügend zeitlicher Vorlauf eingeplant werden sollte. Für die USA muss der Antrag mindestens 30 Tage vor Abreise gestellt werden, für China 20 Tage vorher. Bei den russischen Behörden kann es bis zu zwei Monate dauern, bis eine Entscheidung zum Visumsantrag vorliegt.

Partner und Kinder bekommen in der Regel auf Antrag ebenfalls ein Aufenthaltsrecht. Ob sie im Gastland einer eigenen beruflichen Beschäftigung nachgehen können, ist unterschiedlich geregelt. In den USA dürfen mitreisende Angehörige ohne gesondertes Arbeitsvisum nicht Erwerbstätig sein.

Wer sich nicht selbst en Detail mit den jeweiligen Bestimmungen für die Akkreditierung als Journalist auseinandersetzen möchte, kann eine Vermittlungsagentur beauftragen. Gegen Gebühr wird Hilfe bei der Antragstellung und eventuellen rechtlichen Komplikationen angeboten.

Informationen zu den Bedingungen und geforderten Unterlagen für ein Journalistenvisum sind über die konsularischen Vertretungen der Staaten in Deutschland erhältlich. Zum Teil informieren auch die deutschen Auslandsvertretungen über Visabestimmungen in den jeweiligen Ländern. Aus der Reihe „Wissen für Journalisten" können die Mitglieder von DPV und bdfj in der Bundesgeschäftsstelle die kostenfreie Publikation „Das Journalisten-Visum" (Schrift Nr. 8515) abfordern.

Hilfreiche Links:

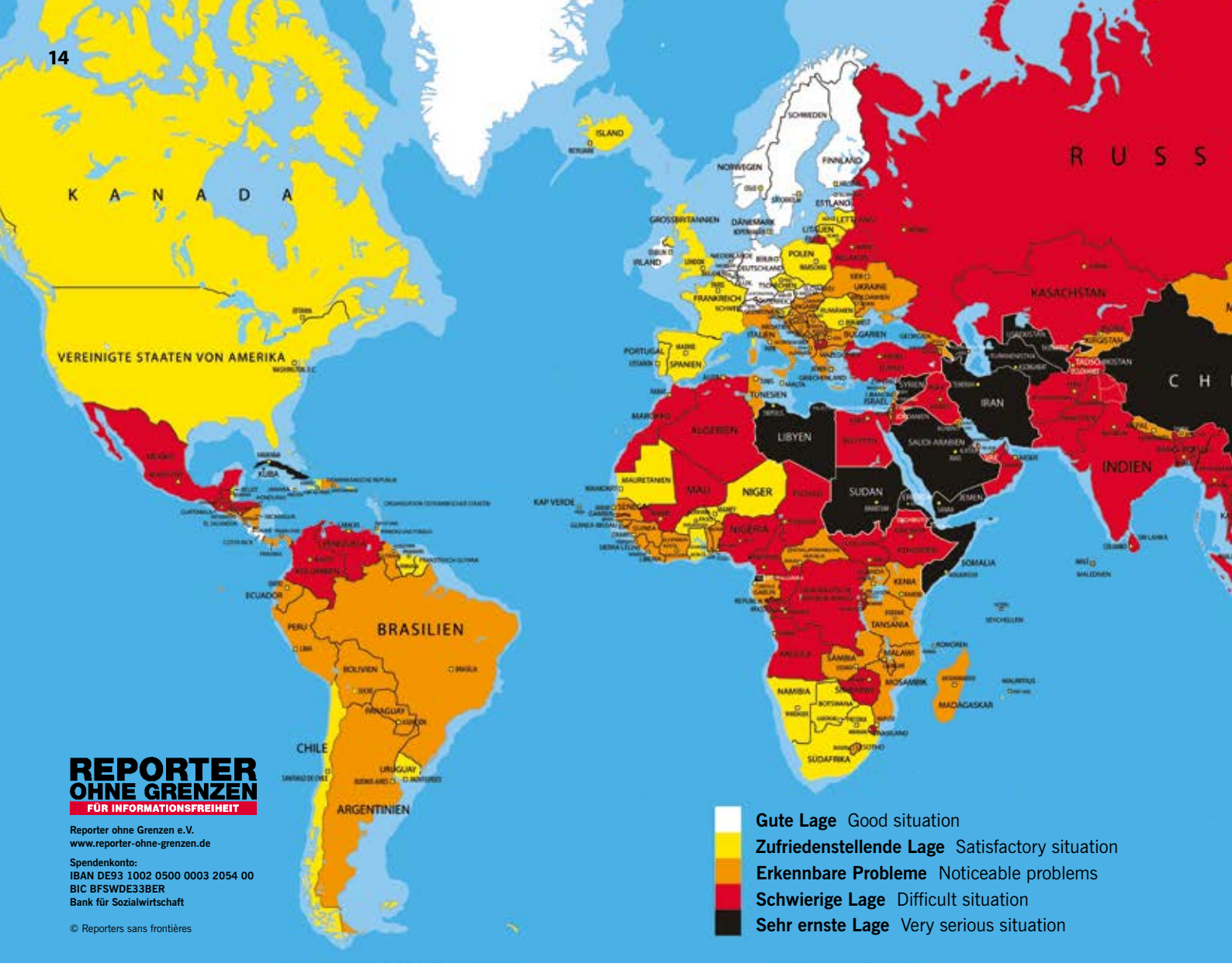
USA: http://www.ustraveldocs.com/de_de/de-niv-typei.asp

Russland: http://www.germania.diplo.de/Vertretung/russland/de/07-russlandinfo/3-leben-arbeiten/journalist/0-journalist.html

http://www.mid.ru/de/spisok

China: http://www.china-botschaft.de/det/Correspondents/t555323.htm

Mirjam Büttner *ist freie Journalistin und arbeitet im Medienbüro Hamburg – einer kirchlichen Aus- und Weiterbildungseinrichtung für Print, Radio, TV und Online, die seit über 20 Jahren besteht. Beim Journalistenzentrum Deutschland steht sie den Mitgliedern von DPV und bdfj über die Journalistenberatung gerne zur Verfügung.*



REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Reporter ohne Grenzen e.V.
www.reporter-ohne-grenzen.de

Spendenkonto:
IBAN DE93 1002 0500 0003 2054 00
BIC BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft

© Reporters sans frontières

Rangliste der Pressefreiheit

Journalisten und unabhängige Medien stehen weltweit unter zunehmendem Druck. In allen Weltregionen ist im vergangenen Jahr ein Rückgang ihrer Freiräume zu beobachten gewesen. Das geht aus der Rangliste der Pressefreiheit 2016 hervor, die Reporter ohne Grenzen (ROG) im Mai veröffentlicht hat.

Zunehmend autokratische Tendenzen in Ländern wie Ägypten, Russland oder der Türkei tragen zu diesem Trend ebenso bei wie die bewaffneten Konflikte etwa in Libyen, Burundi und dem Jemen. Negativ wirken sich auch die Bestrebungen der Regierungen in Ländern wie Polen und Ungarn aus, staatliche und private Medien unter ihren Zugriff zu bringen.

„Viele Staatsführer reagieren geradezu paranoid auf legitime Kritik durch unabhängige Journalisten", sagte ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske. „Wenn sich selbstherrliche Präsidenten und Regierungen per Gesetz jeder Kritik entziehen, fördert das Selbstzensur und erstickt jede politische Diskussion. Dabei sind lebendige, debattierfreudige Medien gerade dort nötig, wo die Probleme am größten sind und sich Gesellschaften über den besten Weg in die Zukunft verständigen müssen."

Zu den Gefahren für die unabhängige Berichterstattung gehören auch medienfeindliche, oft religiös eingefärbte Ideologien sowie repressive Sicherheitsgesetze. Viele Länder haben Gesetze verabschiedet, mit denen Journalisten etwa wegen vermeintlicher Präsidentenbeleidigung, Gotteslästerung oder Unterstützung terroris-

Quelle: Reporter ohne Grenzen

tischer Gruppen ins Gefängnis gebracht werden können. Eine weitere Gefahr geht von Oligarchen aus, die Medien in ihrem Besitz für ihre politischen oder wirtschaftlichen Zwecke instrumentalisieren wollen.

Deutschland hat sich in der diesjährigen Rangliste um vier Plätze auf Rang 16 verschlechtert – eine Folge der stark gestiegenen Zahl von Anfeindungen, Drohungen und gewalttätigen Übergriffen gegen Journalisten.

Die Rangliste der Pressefreiheit 2016 vergleicht die Situation für Journalisten und Medien in 180 Staaten und Territorien. Untersucht wurde im Wesentlichen das Kalenderjahr 2015. Grundlage der Rangliste ist ein Fragebogen zu allen Aspekten unabhängiger journalistischer Arbeit sowie die von ROG ermittelten Zahlen von Übergriffen, Gewalttaten und Haftstrafen gegen Journalisten. Daraus ergeben sich für jedes Land Punktwerte, die im Verhältnis zu den Werten der übrigen Länder die Platzierung in der Rangliste bestimmen. Je nach dem Abschneiden anderer Länder kann ein Land deshalb im Einzelfall in der Rangliste aufrücken, obwohl sich seine Punktzahl verschlechtert hat.

Wichtige Auf- und Absteiger

Größte Absteiger in der Rangliste 2016 sind Tadschikistan (Platz 150, -34) und Brunei (155, -34). In Tadschikistan macht Präsident Emomali Rahmon unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Kritiker mundtot. In Brunei nimmt angesichts der schrittweisen Einführung der Scharia und eines Blasphemieverbots die Selbstzensur zu. Polen stürzte um 29 Plätze auf Rang 47 ab – eine Folge der zielgerichteten Bestrebungen der neuen Regierung, die Eigenständigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien einzuschränken und private Medien zu „repolonisieren".

Größter Aufsteiger ist Tunesien (96, +30), das ungeachtet aller weiterhin bestehenden Defizite die Früchte der Medienreformen seit dem Umbruch von 2011 zu ernten beginnt. Gewalt und Prozesse gegen Journalisten sind dort weiterhin ein Problem, aber in der Tendenz rückläufig.

Bei Journalisten in Sri Lanka (141, +24) schwindet nach dem Ende der Ära von Präsident Mahinda Rajapaksa die Angst vor Drohanrufen oder erzwungenem Verschwindenlassen. Die Ukraine (107) wird dank deutlich zurückgegangener Gewalt gegen Journalisten und überfälliger Reformen 22 Plätze höher platziert, leidet aber weiterhin unter Problemen wie der übermächtigen Rolle der Oligarchen für die Medienlandschaft und dem Informationskrieg mit Russland.

Spitzenreiter und Schlusslichter

Die Spitzenplätze der Rangliste nehmen Finnland, die Niederlande und Norwegen ein. Dazu tragen etwa liberale Regelungen über den Zugang zu Behördeninformationen sowie der Schutz journalistischer Quellen bei. Am Ende der Rangliste halten sich unverändert Eritrea (180), Nordkorea (179) und Turkmenistan (178) – Diktaturen, die die Medien ihrer Länder so gut wie vollständig kontrollieren. Eritrea lässt neuerdings zwar vereinzelt ausländische Journalisten ins Land reisen, hält deren einheimische Kollegen aber zum Teil seit fast 15 Jahren unter erbärmlichen Bedingungen gefangen.

Deutschland

Insgesamt ist das Arbeitsumfeld für Journalisten in Deutschland gut. Aber auch hier wurden in den vergangenen Jahren Journalisten staatlich überwacht, etwa, wenn sie in der rechtsextremen Szene recherchierten. Während der öffentlich-rechtliche Rundfunk gebührenfinanziert wird, müssen immer mehr Zeitungen ums Überleben kämpfen. Die Anzahl der Zeitungen mit eigener Vollredaktion geht zurück. Der Zugang zu Behördeninformationen ist je nach Bundesland unterschiedlich geregelt und mit Zeit und Kosten verbunden. Journalisten werden von Rechtsextremen und Salafisten angegriffen.

Methodik der Rangliste

Die jährliche Rangliste von Reporter ohne Grenzen bewertet die Lage der Presse- und Informationsfreiheit in 180 Ländern. Grundlage der Rangliste ist ein Fragebogen zu allen Aspekten unabhängiger journalistischer Arbeit, den Reporter ohne Grenzen in 20 Sprachen an Hunderte Journalisten, Wissenschaftler, Juristen und Menschenrechtsverteidiger weltweit sowie an sein eigenes Korrespondentennetzwerk verschickt.

Die aktuelle Rangliste bezieht sich auf das Jahr 2015 sowie für Übergriffe, Gewalttaten und Haftstrafen zusätzlich auf den Zeitraum November bis Dezember 2014, der in der vorangegangenen Rangliste noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Die insgesamt 87 qualitativen Fragen sind in sechs Kategorien unterteilt: Medienvielfalt, Unabhängigkeit der Medien, journalistisches Arbeitsumfeld und Selbstzensur, rechtliche Rahmenbedingungen, institutionelle Transparenz sowie Produktionsinfrastruktur. Aus den gewichteten Antworten wird eine Punktzahl zwischen 0 (optimal) und 100 (schlechtestmöglich) errechnet.

Hinzu kommt eine quantitative Kategorie für Übergriffe, Gewalttaten und Haftstrafen gegen Journalisten, die Reporter ohne Grenzen nach festgelegten Kriterien selbst ermittelt. Sie fließt in eine Gesamtpunktzahl ein, aus der sich im Verhältnis zu den Ergebnissen der übrigen Länder der jeweilige Platz in der Rangliste ergibt. Die Punktzahl für Übergriffe kann den Rang eines Landes dabei nur verschlechtern, aber nicht verbessern.

Der Indikator der Pressefreiheit weltweit ergibt sich aus dem Durchschnitt mehrerer Indikatoren für die verschiedenen Weltregionen. Diese bilden ihrerseits jeweils den nach Bevölkerungszahlen gewichteten Durchschnitt der Punktzahlen der jeweiligen Staaten ab.

Boulevard ist Meinungsfreiheit

VON MATTHIAS HEINE

Als der ehemalige *BILD*-Chefredakteur Peter Boenisch 2003 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland bekam, hatte ich die heikle, aber passabel bezahlte Aufgabe, die Rede zu schreiben, die die verleihende Ministerin hielt. Für mich persönlich war das eine Gelegenheit zu einer späten, aber überfälligen Annäherung an einen Mann, der in meiner Ideenwelt einmal das absolute Böse verkörpert hatte.

Ich gehöre der Generation an, deren Blick auf Boulevardzeitungen früh von Günter Wallraff und Heinrich Böll geprägt wurde. Der Nobelpreisträger Böll hatte Boenisch in den späten Sechzigerjahren nicht nur wegen der scharf antilinken Haltung der *BILD*-Zeitung sondern auch wegen Schlagzeilen wie „Der Mond ist jetzt ein Ami" als „Platitüdenkrieger" abgekanzelt.

An der Schlagzeile zur ersten Landung auf dem Mond im Juli 1969 konnte ich 34 Jahre später nichts Anstößiges mehr entdecken. Aber Wallraffs *BILD*-Buch und sein tollkühnes Eindringen als mit falschem Namen getarnter Agent in die hannoversche Lokalredaktion der *BILD* wirkten 2003 immer noch nach. Zumindest als ein Beispiel dafür, was Journalismus alles ist. Ich kann mich heute noch erinnern, wo und wann ich 1977 im Radio die Nachricht gehört hatte, dass Wallraff sich inkognito bei *BILD* hatte anwerben lassen – so wie andere noch genau wissen, was sie taten, als Kennedy ermordet wurde oder als die Flugzeuge ins World Trade Center flogen. Und ich kann sagen, dass ich damals elektrisierte Genugtuung empfand.

Dabei hatte die *BILD*-Zeitung in meiner Sozialisation als Leser eine wichtige Rolle gespielt. In den frühen Siebzigerjahren, als ich in der fünften und sechsten Klasse des Gymnasiums war, kaufte ich sie mir jeden Morgen vor der Schule in einem Tabakwarenladen im Braunschweiger Magniviertel. Die alleinige Lektüre meines Heimatblatts genügte mir nicht mehr, aber die großen Qualitätszeitungen lagen noch jenseits meines kindlichen Horizonts. Der Händler war begeistert und schenkte mir eines Tages den *Spiegel*. Das Heft habe ich dann wochenlang abgearbeitet, ein Artikel pro Tag, aber die Lektüre der *BILD* hatte mich vorbereitet auf das Magazin, dessen boulevardeskes Flair nur etwas besser kaschiert war.

> Wer sich eine Welt ohne Boulevardmedien wünscht, will eine Welt, in der der einfacher gestrickte Teil der Bürger von vielen Informationen ausgeschlossen wäre.

Ich bin ein Beispiel für die Einstiegsfunktion, die Boulevardmedien haben. In Ländern ohne große Boulevardzeitungen wie Frankreich oder Spanien wird traditionell weniger Zeitung gelesen. Nicht nur, weil dort keine Massenblätter mit Millionenauflagen die Statistiken verbessern. Sondern auch, weil viele Menschen nie eine Chance hatten, sich von den einfach gestrickten Produkten zu etwas höherstirnigen Medien vorzuarbeiten. Doch selbst, wenn sie ihr Leben lang nur eine Boulevardzeitung lesen würden, wäre das besser als gar keine Zeitung. Denn wer sich eine Welt ohne Boulevardmedien wünscht, will eine Welt, in der der einfacher gestrickte Teil der Bürger von vielen Informationen ausgeschlossen wäre.

Während ich mich für die Rede mit Boenischs Leben beschäftigte, wurde mir klar, dass Boulevardzeitungen auch noch aus anderen Gründen für Demokratien unerlässlich sind. Nicht umsonst wurden sie in Ländern wie England und den USA erfunden, die für ein Land wie Deutschland Vorbilder im Frei-Sein ebenso wie in puncto Zeitungsqualität sind. Diktaturen halten sich allenfalls Boulevardsimulationen wie *B.Z.* am Abend in der DDR. Doch das Interesse an der schmutzigen Wäsche der Privilegierten – zu denen in Zwangssystemen immer auch Schauspieler und Künstler, also die Objekte des Klatschjournalismus, gehören – verträgt sich nicht mit der Paranoia autoritärer Regime. Nach dem Ende des Kommunismus schossen in Osteuropa überall Boulevardzeitungen aus dem Boden. Oft waren sie kurzlebig. Häufig war das, was drinstand, nicht schön. Aber Meinungsfreiheit ist ohne sie nicht zu haben.

Boulevardzeitungen sind auf eine ruppige Weise egalitär. Es schien in den Sechzigerjahren keine zwei Phänomene zu geben, die weniger miteinander gemein hatten als

Foto: Günter Zint

Günter Wallraff, der bei *BILD* Hannover Hans Esser war (1977)

Boenischs *BILD* und die politischen Bewegungen, die man heute unter dem Kürzel 1968 summiert. „Springer hat mitgeschossen", hieß es nach dem Attentat auf Rudi Dutschke. Doch die Achtundsechziger und *BILD* waren zwei Seiten desselben gesellschaftlichen Trends. Die Honoratiorenwelt der frühen Nachkriegszeit wurde infrage gestellt. Bis dahin hatte eine relativ kleine Kaste das Monopol auf die Deutung der Dinge gehabt. Im Zweifelsfalle entschied sie, ihre Schäfchen von bestimmten Informationen und Erklärungsmodellen fernzuhalten. Das wurde nun schwieriger.

Das waren die Einfälle, die mir durch den Kopf und in den Computer gingen, als ich die Rede schrieb. Sie wurden anlässlich der Verleihung vorgetragen. Boenisch lächelte dazu freundlich wie einer, den nichts Schräges über seine Person mehr erschüttern kann. Der ehemalige Bundespräsident und FDP-Politiker Walter Scheel saß im Publikum und nickte beständig zustimmend mit dem Kopf. Diese Szene hätte mir als jungem Wallraff-Fan, wenn ich sie denn vorausgesehen hätte, vermutlich arge Kopfschmerzen bereitet. Ich glaube dennoch, auch jetzt, 13 weitere Jahre später, dass ich recht hatte.

Der Hass auf *BILD, B.Z.* und andere Boulevardblätter, den die Achtundsechziger kultivierten, war im Grunde genommen Konkurrenzwut. Und natürlich Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber dem Volk. Es handelt sich bei den Achtundsechzigern schließlich um eine jüngere Fraktion des Establishments, die nur die ältere zu verdrängen suchte. Da mochten sie in ihrem masochistischen Gehirnwäscherituralen noch so oft daherbeten „Der Prolet hat immer recht". Der Prolet hörte schon auf, recht zu haben, wenn er zum Kiosk ging und „die Zeitung mit den großen Buchstaben" kaufte – dieses Synonym für *BILD*

Die Demokratie wird den ganzen Rotz aushalten, wie sie die schlimmsten *BILD*-Schlagzeilen überstanden hat.

habe ich lange nicht mehr gehört, aber damals war es in aller Munde, als ob man den Namen, wie den des Teufels, besser nicht aussprechen sollte.

Die sich selbst antiautoritär nennende Linke war ziemlich autoritär. Sie wollte das zu erziehende Volk gerne genauso ungestört mit ausgewählten Informationen füttern, wie es die Altvorderen mit ihren wenigen öffentlich-rechtlichen Sendern, ihren braven Heimatblättern und ihren Qualitätszeitungen, in denen der akademische Ton jede Breitenwirkung verhinderte, taten. Sie wollte die Meinungsfreiheit sogar lieber ganz ausradieren. Gesellschaftliche Leitbilder waren die Sowjetunion und China. Regulierte kommunistische Utopien, in denen die weisen intellektuellen Väter des Zentralkomitees die Geschicke des Volkes lenkten. Da störten nur neue Medien, die sich vor allem an den spontanen Instinkten der Massen orientierten.

Dass diese Instinkte nicht immer rein sind, ist nicht die Schuld der Boulevardzeitungen. Gemütlicher wird die Welt nicht, wenn sich die bisher zu kurz Gekommenen artikulieren. Das war während der Französischen Revolution so, wo die Erwähnung in einem der vielen Kampfblätter die Erwähnten den Kopf kosten konnte. Aber auch im Frankreich der Restauration zogen Zeitungen Krone, Militär und Kirche in den Schmutz. In Balzacs Roman „Verlorene Illusionen" hallt die Empörung über die Respektlosigkeit der Journaille nach. Das Lamento über die Presse, die alles skandalisiert und doch selber nicht sauber ist, kommt einem in diesen Tagen seltsam vertraut vor.

Manchmal ist die Informations- und Meinungsfreiheit eben auch die Freiheit zum Pöbeln – und nicht nur gegen Erdogan.

Deutschland fand ausgerechnet während der Kaiserzeit Anschluss an den Rest der Welt. Nicht umsonst ist die erste hiesige Boulevardzeitung, die Berliner *B.Z.,* genau in jener Epoche gegründet worden. Der Historiker Christopher Clark beschreibt in seiner Biografie Wilhelms II., wie der Monarch etwas indigniert zur Kenntnis nehmen musste, dass es in der expandierenden Medienwelt seines Reiches auch Blätter gab, die ihn verspotteten oder die homosexuelle Kamarilla seines Hofes aufs Korn nahmen. Er fühlte sich dabei wohl ähnlich hilflos wie Bundespräsident Christian Wulff 2011 und 2012, als ihm Vorwürfe wegen seiner Eigenheimfinanzierung und vermeintlicher Vorteilsnahmen gemacht wurden. Es war zum Teil auch ähnlich ungerecht. Aber ▶

es war ein Symptom für gesellschaftliche Lockerungen, für das Zerbröseln alter publizistischer Monopole.

Boulevardzeitungen waren und sind ein Teil der seit über 200 Jahren anhaltenden Meinungsbefreiungsbewegung. Sie verstehen sich, wenn sie gut sind, tatsächlich als Stimme derjenigen, die ohne sie nicht zu Wort kommen würden. Nicht aus Idealismus, sondern aus kommerziellem Kalkül. Das illustriert die Szene aus einer Redaktionskonferenz der Berliner *B.Z.* 1992. Der Politikchef trug das Thema der täglichen Straßenumfrage vor: „Sind drei Prozent mehr Lohn in der Metallindustrie zu viel?" Der stellvertretende Chefredakteur Kai Diekmann, später *BILD*-Chef, belehrte ihn: „Die Frage ist falsch gestellt. Sie muss lauten: Sind drei Prozent zu wenig? Wir sind das Volk." Das ist natürlich auch eine Hybris, die einen in den Größenwahn treiben kann. Aber mir war und ist die Haltung sympathischer als die unternehmerfreundlich staatstragende Position, die hinter der Frage nach dem „zu viel" stand. Ein aktuelles Beispiel für die guten Seiten der „Wir sind das Volk"-Position, die auch andere gute Boulevardjournalisten verinnerlicht haben, war die frühe ungeschönte Berichterstattung des Kölner *Express* über die Massenbelästigungen in der Silvesternacht, als andere Medien noch versuchten, die Ereignisse mit den offiziösen Verlautbarungen in Einklang zu bringen.

Dieses Interesse am schmutzigen, lustigen und kriminellen Leben, das Boulevardjournalisten im besten Falle antreibt,

Fast tragisch ist allerdings, dass wir hier über die wichtigste Funktion von Boulevardzeitungen reden, während ihr Abstieg längst im Gange ist.

kann übrigens manchmal auch ein ganz guter Nährboden für die Kunst sein. Pedro Almodóvar zeigt in „La mala educación – Schlechte Erziehung" einen Regisseur, der in den vermischten Meldungen nach Filmstoffen sucht. Vermutlich ist das ein bisschen autobiografisch. Evelyn Waugh war Klatschjournalist und Ben Hecht, der größte Autor Hollywoods, Polizeireporter. Billy Wilder erzählte immer gern, wie er für Wiener Boulevardblätter frühmorgens irgendwo klingeln musste: „Ich würde mit Ihnen gern über Ihren Sohn, den Massenmörder, reden." Später kam er zur *B.Z.* Bei seinem letzten Berlin-Besuch, anlässlich einer Ehrung auf der Berlinale 1993, besuchte er wie jedes Mal die Redaktion und erzählte Anekdoten aus seiner Zeit als Witwenschüttler.

In Deutschland blieb Will Tremper, der für den Boulevard schrieb und lebensnahe Filme wie das Drama „Die Halbstarken" drehte, eine Ausnahme. Die oft beklagte Blutarmut der hiesigen Literatur und des Kinos hat auch damit zu tun, dass deren Schöpfer eher von den Universitäten kommen als aus den Redaktionen. Man muss nicht unter Massenmördern recherchiert haben, um über Leben und Tod schreiben zu können. Aber manchmal hilft es.

Fast tragisch ist allerdings, dass wir hier über die wichtigste Funktion von Boulevardzeitungen reden, während ihr Abstieg längst im Gange ist. Einen Tag vor der Niederschrift dieses Artikels kam die Nachricht, die *BILD*-Auflage sei auf zwei Millionen gesunken, eine Zahl, für die Boenisch geteert und gefedert worden wäre. Zum Teil mag dieser Verlust durch Leser und Einnahmen im Internet ausgeglichen worden sein, aber wir wissen alle, dass das nicht reicht.

An die unberechenbaren Instinkte des Plebs appellieren heute viel zu viele andere anderswo. Das gilt sowohl für das Klatschbedürfnis als auch für die Sehnsucht nach dem, was immer „Klartext" genannt wird. Wenn 500 Onlineportale über den neuesten „Nippelblitzer" einer zweitrangigen Hollywood-Darstellerin berichten und 1 000 Blogs und eine Million Facebook-Kommentatoren das sagen, was man angeblich nicht sagen darf, dann sieht die klassische Boulevardpresse alt und staatstragend aus. Man kann das zum Kotzen finden, aber auch über der Kloschüssel sollte man nicht vergessen, dass Pressefreiheit nicht nur für saubere und gebügelte Ansichten gilt. Die Demokratie wird den ganzen Rotz aushalten, wie sie die schlimmsten *BILD*-Schlagzeilen überstanden hat. Dass das Unreine sich stolz und sichtbar aufplustern wird – egal ob im Boulevard oder im Internet –, gehört genauso zu einer offenen Gesellschaft wie Reklame, Pornografie oder die Freiheit, seinen Kindern bescheuerte Namen zu geben. Die Alternative wäre ein Nordkorea der neutral verpackten guten Nachrichten und der lauwarm freundlichen Meinungen.

BUCHTIPP:

Seit wann hat „geil" nichts mehr mit Sex zu tun? 100 deutsche Wörter und ihre erstaunlichen Karrieren

Wörter werden geboren, sie sterben, sie wandern ein, sie wandern aus, und ihre Bedeutung wandelt sich. Wörter machen Geschichte. Aber wer macht eigentlich die Wörter? Da wäre zum Beispiel der Hiwi, der sich nach kalten Zeiten an der Ostfront heute in deutschen Universitätsstuben wärmen darf. Der Hipster, der die Hautfarbe wechselte. Und der Rocker, der im Deutschen eine unerwartete Karriere als krimineller Motorradfahrer gemacht hat. Matthias Heine fahndet seit Jahren für Die Welt nach den schillerndsten deutschen Begriffen. Die besten Wort-Steckbriefe versammelt dieser Band und gibt außerdem Antwort auf die Fragen: Was ist das schwierigste Wort der deutschen Sprache? Warum haben wir seit Luther auf den Ausdruck Shitstorm gewartet? Ist Plattenbau ein westdeutscher Kampfbegriff? Und warum müssen wir uns für das global erfolgreichste deutsche Wort ewig schämen?

Matthias Heine
ISBN: 978-3-455-85149-6
Preis: 11,99 Euro
www.hoffmann-und-campe.de

Matthias Heine *ist Kulturredakteur der Welt. Nach Jahren als Theaterkritiker schreibt er vor allem über Sprachthemen. Gerade ist sein Buch „Seit wann hat geil nichts mehr mit Sex zu tun? 100 deutsche Wörter und ihre erstaunliche Karriere" im Verlag Hoffmann und Campe erschienen.*

Im Visier der Meute

Wie fühlt sich das an?

VON ALBRECHT UDE

Gibt es ein „Zuviel" an Recherche? Die Journalistenvereinigung *netzwerk recherche* thematisierte diese Frage gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung auf einer Fachkonferenz. Mit den Journalisten diskutierten Betroffene des Sensationsjournalismus, Prominente und Katastrophenopfer.

Sabine Kehm hat einen richtig schweren Job. Früher war sie selbst einmal Journalistin, heute hat sie täglich damit zu tun, ihre einstigen Kollegen abzublocken. Sie ist die Managerin des Rennfahrers Michael Schumacher. Seit einem schweren Skiunfall ist dieser in Rehabilitation. Eine Genesungszeit ist eigentlich Privatsphäre pur, aber der Ex-Formel-1-Pilot ist permanent in der Öffentlichkeit. Zumindest auf den Titelseiten und in den Schlagzeilen der gelben Presse.

Ein doppelt schwerer Fall sozusagen: Schumacher ist sowohl prominent wie auch Opfer. Diese beiden Gruppen haben besonders unter Berichterstattung zu leiden, die man korrekterweise nur als „sensationsgeil" bezeichnen darf. „Ich bin zur Mauer geworden", umschreibt Kehm ihre Funktion, die Privatsphäre des Rennwagenfahrers, seiner Frau Corinna und der beiden Kinder zu schützen.

Von dem Unfall im Dezember 2013 erfuhr sie durch den Anruf eines Journalisten: „Ob ich bestätigen könne, dass Michael einen Unfall gehabt hätte." Sie wusste damals noch gar nichts, war selbst im Urlaub. „Nach fünf Minuten hat mich schon der erste Journalist beschimpft, warum ich den Unfall nicht bestätigen würde."

Ihre erste Aufgabe war jetzt, die Uniklinik in Grenoble zu sichern: vor Journalisten, die eindringen wollten, Ärzte und Angehörige anderer Patienten ansprachen. Obwohl Kehm betont, „entscheidende Neuigkeiten im Gesundheitszustand Michaels weiterhin bekanntgeben" zu wollen, und obwohl es einfach nichts Berichtenswertes gibt: Berichtet wird munter.

Schumacher ist sowohl prominent wie auch Opfer. Diese beiden Gruppen haben besonders unter Berichterstattung zu leiden, die man korrekterweise nur als „sensationsgeil" bezeichnen darf.

„Sag uns die Wahrheit, Corinna", „Abschied von der Hoffnung", „Er ist nicht mehr unter uns. Wann bricht die Familie ihr Schweigen", „Am Krankenbett geschah ein Wunder", ja sogar „Wer setzt solche Gerüchte in die Welt?" – so einige der Schlag- ▶

Foto oben: Bernd Lammel

zeilen aus *Gala, die aktuelle, Frau aktuell* und wie die bunten Blättchen alle heißen.

Über 160 Unterlassungsklagen hat Kehm gegen solche „Berichte" erwirkt. „Wir gewinnen diese Unterlassungsklagen alle." Trotzdem kämpft sie gegen Windmühlen. Denn Verlage und Redaktionen, deren Erzeugnisse millionenfach verkauft werden, haben solche Kosten schon einkalkuliert. Vermutlich ein fester Etatposten: Lügengebühr.

Zur Frage, wie es Michael Schumacher geht, äußerte sich Sabine Kehm nicht. Warum auch? Sie war auf die Fachkonferenz des *netzwerk recherche* gekommen, um über ihre Erfahrungen mit internationalen Medien jeder Couleur zu sprechen.

Zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hatte der Verein, dessen Motto „Recherche fördern und fordern" lautet, im März dieses Jahres eine Fachtagung in der politischen Akademie in Tutzing am Starnberger See ausgerichtet. Unter dem Titel „Im Visier der Meute. Journalistische Recherche zwischen Fairness und Exzess" wurde jene Form der Berichterstattung problematisiert, die außer Rand und Band gerät. Die typischen Objekte der Presse sind Prominente und Opfer von Katastrophen.

Genau diese hatte das *netzwerk* als Referenten gebeten. Es ist eine bemerkenswerte Leistung der Organisatoren, wen sie alles davon überzeugen konnten, über die eigene Anschauung des Journalismus zu sprechen. Ein Treffen der besonderen Art: Journalisten fragen nach den Auswirkungen ihres Handelns. Das ist ungewohnt.

Jörg Kachelmann hatte zugesagt, fiel dann aber krankheitsbedingt aus. Ihm war Vergewaltigung vorgeworfen worden, der Prozess gegen ihn endete mit einem Freispruch – Kachelmann ist also unschuldig. Während des Prozesses galt die Unschuldsvermutung umso mehr – was nützte ihm das, da sein Privatleben von vielen Medien buchstäblich ausgebreitet wurde? Immerhin: Der Springer-Verlag wurde dazu verurteilt, mehrere Hunderttausend Euro Schmerzensgeld an Kachelmann zu zahlen.

Erschienen waren Susanne Gaschke, die ehemalige Oberbürgermeisterin von Kiel, Gernot Lehr, der Anwalt des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, und Peer Steinbrück, Ex-Kanzlerkandidat der SPD. Sie sprachen offen gegenüber den Moderatoren und dem durchweg journalistischen Publikum über ihre „Fälle". Wobei einige auch während dieser Veranstaltung auf Diskretion beharren: „Mikrofone aus, es wird nicht getwittert", eröffnete Lehr sein Panel über Bundespräsidenten, Bobbycars und Boulevard. Was jeder im Raum versteht. Und akzeptiert.

Susanne Gaschke ist vom Fach: Vor ihrem Intermezzo als SPD-Oberbürgermeisterin in Kiel war sie Redakteurin bei der *Zeit*, jetzt arbeitet sie in Berlin für *Die Welt*. Gestolpert war sie über eine umstrittene Steuerentscheidung. Aber auch der schleswig-holsteinischen SPD gibt die Quereinsteigerin in die Politik bis heute eine Mitschuld. Über diese Zeit und deren Intrigen hat sie ein Buch verfasst, „Volles Risiko". Selbstkritisch merkte sie an: „Mir ist nicht gelungen, zu sagen: Guckt euch die Sache auch einmal von der anderen Seite an." Sie hat einen Rat für die Ausbildung von Journalisten: einmal den eigenen Namen in die Schlagzeile einer Zeitung zu schreiben. Um zu ahnen, wie sich das anfühlt.

Peer Steinbrück sprach sogar von einem „gewalttätigen Journalismus" und markiert als Probleme Banalisierung, Personalisierung und Skandalisierung. „Qualitätsjournalismus zeichnet sich aber doch dadurch aus, dass er herausarbeitet: Was ist wichtig, was ist unwichtig? In meinem Wahlkampf ging es immer mehr ums Unwichtige", so der ehemalige Kanzlerkandidat.

Politische Prominente werden immer im Blickpunkt der Presse sein, das muss so sein. Sie sind auch nicht per se Opfer der Presse, die Frage ist halt, wie relevant die Ziele der Berichterstattung sind. Ist ein geschenktes Bobbycar für den Sohn des Bundespräsidenten relevant?

Und was machen die Medien? Großaufnahmen von Leidtragenden!

Ganz anders sieht es bei denen aus, die erst Opfer von Katastrophen und dann Opfer einer Meute von Journalisten, Fotografen und Kameraleuten werden. Stellvertretend für viele andere waren Menschen zugegen, die vom Amoklauf in Winnenden (11. März 2009), dem Absturz der Germanwings-Maschine (24. März 2015) und dem Zugunglück in Bad Aibling (9. Februar 2016) berichteten.

Aus Winnenden kam Gisela Mayer, deren Tochter Referendarin an der Albertville-Realschule war. Sie sprach für das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden. Ebenso war Sven Kubick anwesend, der ein Jahr nach dem Amoklauf als neuer Leiter der Schule nach Winnenden kam. Dennoch ist auch ihm das Thema präsent. Dabei war auch Frank Nipkau, Chefredakteur der Zeitungsgruppe Waiblingen, Winnenden liegt in deren Verbreitungsgebiet.

Während des Kachelmann-Prozesses galt die Unschuldsvermutung umso mehr – was nützt ihm das, da sein Privatleben von vielen Medien buchstäblich ausgebreitet wurde?

In Haltern/Westfalen lebten die Schüler und Lehrer, die beim Absturz des Germanwings-Fluges 9525 ums Leben kamen. Sie wurden dort beigesetzt. Davon erzählte der ebenfalls aus Haltern kommende Mika Baumeister, der seit seinem Abitur 2014 als freier Journalist arbeitet. Schon im März vergangenen Jahres kritisierte er in seinem Blog den Umgang der Medien mit Schülern und Angehörigen in Haltern.

Vom Frontalzusammenstoß zweier Züge nahe Bad Aibling berichtete einer der Insassen.

Die Kernaussage all dieser Betroffenen ist knapp: Lasst uns in Ruhe, wir müssen trauern. Denn in all diesen Katastrophenfällen waren Fernsehteams, Fotografen und Journalisten in Massen, eben als Meute, eingefallen und haben sich über die teilweise schwer traumatisierten Opfer hergemacht.

Auf deren Verfassung wird dabei keine Rücksicht genommen: Kindern wurde Geld für Interviews geboten. Opfern und Angehörigen wurde nachgestellt. Beerdigungen wurden vom Autodach oder vom gemieteten Balkon eines Anwohners aus über die Friedhofsmauer hinweg gefilmt. Gleichzeitig wurden in den sozialen Netzen Bilder geplündert und die Accounts Betroffener durchschnüffelt.

Man kann auch anders berichten: aufklärend, ohne Schauergeschichten. So haben es die Medien von Frank Nipkau getan. Etwa die *Winnender Zeitung*, die am Tag nach dem Mordlauf auf einer schwarzen Titelseite groß das Wort „Warum?" brachte.

Keine Bilder von Toten, keine Bilder von den Beerdigungen, keine Anrufe bei Hinterbliebenen. Diesen Verhaltenskodex hat-

ten die Redakteure strikt eingehalten. Dafür werden sie heute am Ort geachtet.

Es ist nicht nur gefühllos, Opfern oder deren Angehörigen, die gerade eine Katastrophe erlebt oder davon erfahren haben, auf die Pelle zu rücken. Es bringt auch nichts, denn Traumatisierte sind unmittelbar nach der Situation keine glaubwürdigen Quellen. Das führte Petra Tabeling aus, Expertin für Traumajournalismus beim Kölner DART-Center. Ein Thema, das in der journalistischen Ausbildung noch fehle.

Auf den Punkt gebracht hatte das Mika Baumeister aus Haltern in seinem Blog *meistergedanke.de* bereits im März 2015: „Die Berichterstattung in Haltern war nicht in Ordnung“ und „Liebe Konsumenten von Klatschblättern oder einigen TV-Sendern, suchen Sie sich neue Berichterstatter!“

Hyperlinks

Webseite des *netzwerk recherche* zur Tagung Im Visier der Meute
https://netzwerkrecherche.org/termine/konferenzen/fachkonferenzen/im-visier-der-meute/

Tweets mit dem Hashtag #meute16
https://twitter.com/hashtag/meute16?src=hash

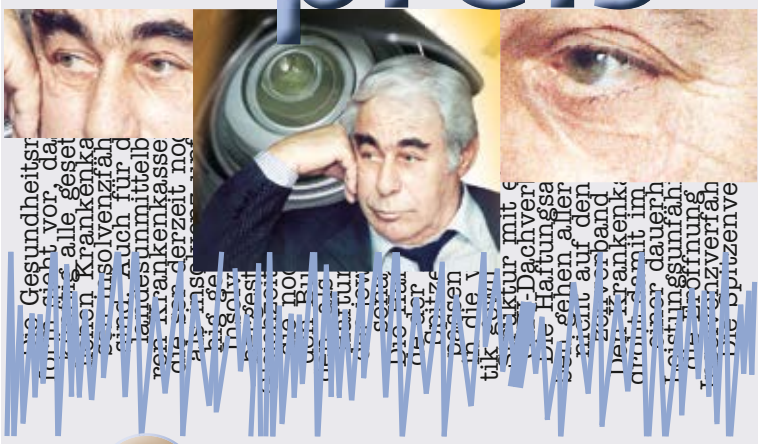
Videos der Fachkonferenz bei Youtube
https://www.youtube.com/playlist?list=PLr8RTcS5UinhAw11G_5v50977fFqQEnLg

Wie gemein! Wer setzt solche Gerüchte in die Welt?
Das Bildblog über die Schumacher-Berichterstattung der Sensationspresse
http://www.bildblog.de/76660/wie-gemein-wer-setzt-solche-geruechte-in-die-welt/

Umgang der Medien mit Schülern und Angehörigen in Haltern
(Bau)meistergedanke. Privatblog von Mika Baumeister
http://meistergedanke.de/2015/umgang-der-medien-mit-schuelern-und-angehoerigen-in-haltern/43

Albrecht Ude *ist Journalist und Recherche-Trainer. Er lebt in Berlin und Friesland. In seinen Seminaren unterrichtet er Online-Recherche, Quellenprüfung, Fact-Checking und Sicherheit im Netz.*

Dr. Georg Schreiber
Medien-preis
2016



Wettbewerb für Printmedien, Hörfunk, Fernsehen und Internet!

Zugelassen sind Beiträge junger Journalistinnen und Journalisten bis einschließlich 35 Jahre zu den Themen Gesundheit und Soziales, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2016 in einer in Bayern erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht oder von einem Rundfunksender mit redaktionellem Sitz bzw. einem Landesstudio in Bayern ausgestrahlt worden sind. Zugelassen sind auf speziell für das Internet produzierte Beiträge mit thematischer Relevanz für den Freistaat.

Im Printbereich wird zudem ein bundesweiter Sonderpreis ohne Altersbeschränkung vergeben.

Der Medienpreis ist mit insgesamt 30.500 Euro dotiert.

Informationen und Anmeldung:
Internet: www.aok-medienpreis.de
e-mail: medienpreis@by.aok.de
Telefon: 089 62730-184
AOK Bayern, Zentrale,
z. Hd. Frau Andrea Winkler-Mayerhöfer
Carl-Wery-Str. 28, 81739 München

Ausgeschrieben von der AOK Bayern in Zusammenarbeit mit den Nachwuchsjournalisten in Bayern e.V. (NJB) - unterstützt von der Deutschen Journalistenschule München e.V. (DJS).

DJS. njb AOK Die Gesundheitskasse.

Karola Wille, Vorsitzende der ARD und Intendantin des MDR

Foto: MDR/Martin Jehnichen

Vorwurf Lügenpresse

GASTBEITRAG VON KAROLA WILLE

Trau, schau, wem, sagt der Volksmund. „Lügenpresse!" hört man vor der Dresdner Semperoper nach wie vor Montag für Montag. Und „Wir sind das Volk!" hört man auch. Im Osten nichts Neues, ist man versucht zu denken, zumindest mancher im Westen, in dem man glauben möchte, die „Montagsspaziergänge" der „Pegida" und ihrer Nachkömmlinge seien ein Gespenst aus grauer sozialistischer Vorzeit, das umgeht in Deutschland, aber eben in dem „anderen" Deutschland.

Es ist zu kurz gesprungen, wollte man den östlichen Bundesländern den Vortritt lassen, wenn es um Wut, Protest und Empörung gegen „die da oben" geht. Das Vertrauen in öffentliche Institutionen oder in unsere Demokratie ist bei einem Teil der Bevölkerung erschüttert. Und das Misstrauen macht keineswegs an Landesgrenzen Halt.

Als der *Mitteldeutsche Rundfunk* Anfang des Jahres den Vorsitz in der *ARD* übernehmen durfte, habe ich unterstrichen, dass diese Zeit des Vorsitzes mit einer Zeit enormer Herausforderungen für die Gesellschaft, die Politik, die Medien und damit auch besonders für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zusammenfällt. Die Stichworte kennen wir nur allzu gut: die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die erstarkenden rechtspopulistischen Parteien auch bei unseren Nachbarn, die Bewältigung der Flüchtlingskrise als die große Aufgabe unserer Zeit.

Gleichzeitig haben wir es mit einer stärkeren Polarisierung von Interessen zu tun, einer teilweisen Erosion von Wertegrundlagen und leider auch mit zunehmender Gewaltbereitschaft. Zum ersten Mal sind von solcher Gewalt auch Journalisten in Deutschland betroffen, gegen die sich Hass und massive verbale und sogar auch körperliche Attacken richten. Dies erleben wir in einer Vehemenz, die ich persönlich nie für möglich gehalten hätte.

Journalisten und unabhängige Medien stehen unter zunehmendem Druck, wie Reporter ohne Grenzen gerade wieder mit Ernüchterung bilanziert hat. Bitter: Wer bisher die jährliche Rangliste über Re-

pressionen in anderen Ländern resigniert und achselzuckend zur Kenntnis genommen hat, muss feststellen, dass die Anfeindungen gegenüber den Medien längst unser Land erreicht haben. Deutschland hat sich in der gerade veröffentlichten Rangliste um vier Plätze auf Rang 16 verschlechtert – eine Folge der gestiegenen Anzahl von Drohungen und gewalttätigen Übergriffen gegen Journalisten, wie Reporter ohne Grenzen resümiert.

Die Intensität und Gemeinheit der Angriffe haben zugenommen, was an unseren Kolleginnen und Kollegen nicht spurlos vorbeigeht und in Redaktionen zur Verunsicherung führt. Meist sind es Eskalationen bei Kundgebungen und Versammlungen, bei denen auch in diesem Jahr schon wieder Journalisten und Journalistinnen verletzt wurden. Doch solche Vorfälle gibt es nicht nur in Mitteldeutschland. Die Rufe über die „Lügenpresse" hallen durch ganz Deutschland und weltweit durch die Internetforen. Sie richten sich nicht nur gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir dürfen sie nicht überhören und wir dürfen uns nicht von ihnen einschüchtern lassen. Unsere Antwort kann nur sein: guter, aufklärender Qualitätsjournalismus, zu dem auch Transparenz im journalistischen Handeln und eine Fehlerkultur gehören, die von Offenheit und Kritikfähigkeit gegenüber den Beitragszahlern geprägt ist. Zur Abbildung der Lebenswirklichkeit der Menschen gehört, vielfältige, differenzierte und differenzierende Perspektiven einzunehmen und sich immer wieder auch außerhalb der gängigen politischen Agenda zu bewegen. Maßstab für einen solchen Journalismus ist die Relevanz für die Gesellschaft, die Gemeinwohlorientierung und der Respekt gegenüber den Bedürfnissen der Betroffenen.

Betroffen macht auch, dass es die Menschen im Osten waren, die vor gut einem Vierteljahrhundert nach den Erfahrungen in einem totalitären System in Deutschland und in den osteuropäischen Nachbarländern die Medienfreiheitsrechte erstritten und heute die Garanten einer unabhängigen und freien Berichterstattung in einer demokratisch legitimierten Gesellschaft angegriffen und in Frage stellt werden.

Zu der Herausforderung an uns alle gehört, auch uns selbst kritisch nach den Ursachen für diese Entwicklung zu fragen. Ich denke, wir tun gut daran, uns auf unseren Auftrag zu besinnen: Wahrhaftig zu berichten, was ist, Werte unserer Grundordnung zu vermitteln, die Vielfalt der Meinungen widerzuspiegeln und in einem offenen und freien Meinungs- und Willensbildungsprozess dem sozialen Zusammenhalt und der Stabilität unseres Gemeinwesens zu dienen. Unser Anspruch und unsere Stärke liegen darin, dass wir mehr liefern – nicht nur die Nachricht, die schnelle Information, sondern auch die Einordnung und den Hintergrund, und dies unabhängig und umfassend.

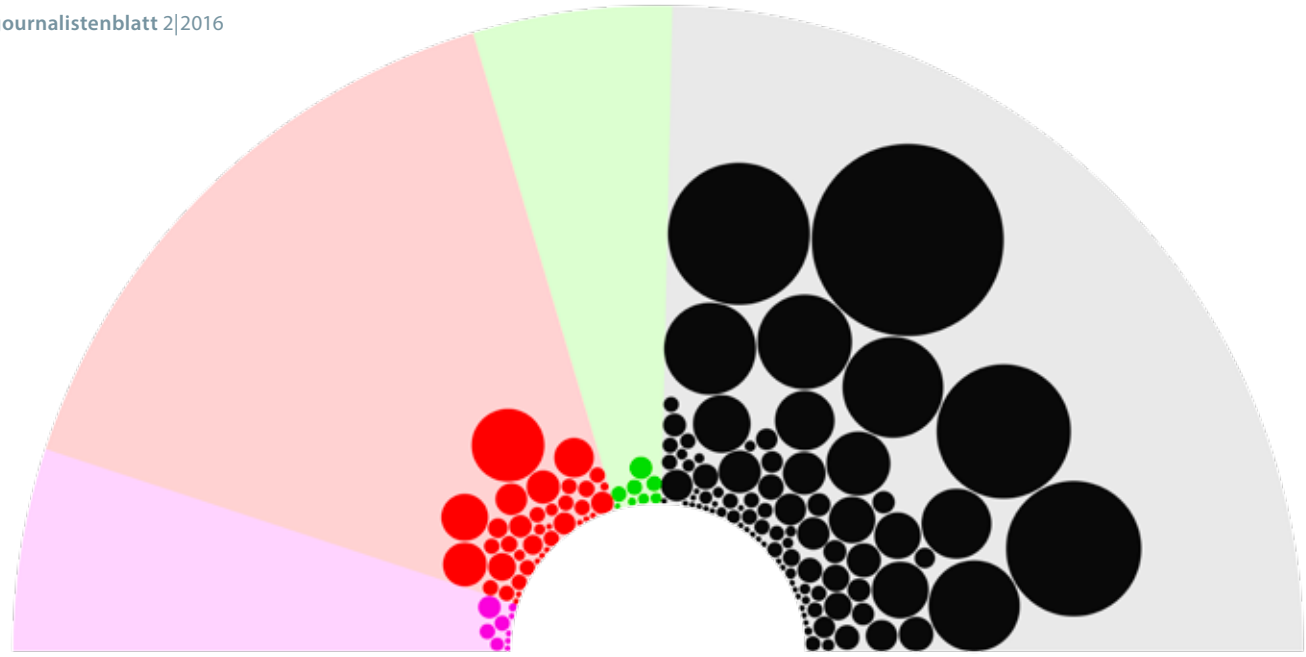
Das Vertrauen in öffentliche Institutionen oder in unsere Demokratie ist bei einem Teil der Bevölkerung erschüttert. Und das Misstrauen macht keineswegs an Landesgrenzen Halt.

In Zeiten öffentlicher Zuspitzung und Polarisierung kommt es dabei weniger auf mediale Zuspitzung, sondern vielmehr auf mediale Reflexion an. In dieser Zerreißprobe braucht unsere Gesellschaft das Gespräch miteinander, das respektvolle Zuhören und eine freie Öffentlichkeit. Demgegenüber erleben wir zugleich eine neue Öffentlichkeit, die in den sozialen Netzwerken mit einem permanenten Raunen und Denunzieren einhergeht. Wöchentlich lesen wir derzeit von neuen Umfragen. Die einen beschreiben den unaufhaltsam scheinenden Schwund des Vertrauens in alle Mediengattungen, die anderen sollen uns beruhigen mit der Erkenntnis, dass die Glaubwürdigkeit der Medien jenseits der akzeptablen statistischen Schwankungen über mehrere Jahre gesehen nicht signifikant gelitten habe. Eines bleibt indessen festzuhalten: Diejenigen, die ihr Vertrauen verloren haben oder es sogar nie hatten, sind lauter geworden. Die „Echokammer" des globalen Netzes verstärkt ihre undifferenzierte Denunziation vieltausendfach und verunsichert die Zweifelnden und Suchenden. Online-Redakteure der Qualitätsmedien müssen mit diesem Gebräu aus Halbwahrheiten und gezielter Desinformation tagtäglich umgehen.

Diese neue Medienwelt stellt unser journalistisches Arbeiten vor neue Herausforderungen. Die Anschläge von Paris und Brüssel und die Silvesternacht in deutschen Großstädten haben beispielhaft gezeigt, welcher Druck auf den Redaktionen lastet. Die Menschen erwarten schnelle Informationen. Gleichzeitig haben sie – zu Recht – den Anspruch, dass diese schnellen Informationen richtig sind. Faktencheck aber kostet Zeit. Diesen Spagat werden wir aushalten müssen – im Interesse einer wahrhaftigen und verlässlichen Information und im Interesse unserer Glaubwürdigkeit, die das Grundkapital für nachhaltiges Vertrauen der Bevölkerung in unsere Aufgabenerfüllung ist.

Wir wissen, dass wir unsere Glaubwürdigkeit immer wieder untermauern und festigen müssen. Und mehr denn je müssen wir dabei transparent machen, was wir tun und wie wir es tun. Das Bedürfnis nach glaubwürdiger, einordnender und nicht an Einzelinteressen ausgerichteter Berichterstattung ist so groß wie selten zuvor. Hier sind vor allem die Qualitätsmedien gefragt – und gefordert. Die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für das Funktionieren der Demokratie in unserem Land und die Vermittlung der Grundwerte, die für das Zusammenleben unerlässlich sind, nimmt in ihrer Bedeutung daher auch nicht ab, sondern zu. Der Gesellschaft zu dienen ist am Ende der Kern unseres Auftrags. Wir brauchen dazu mehr Dialog mit dem Publikum, den Nutzern, Zuschauern, Hörern und Lesern. Dabei sind wir Lernende und Suchende, in welchen Formen und wie wir dieses gesellschaftliche Gespräch fördern.

Karola Wille *(Jahrgang 1959) wurde in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) geboren, studierte und promovierte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Dr. jur. Ihre wissenschaftliche Laufbahn setzte sie an der Universität Leipzig fort, die ihr 2002 die Honorarprofessur für Medienrecht verlieh. Im November 1991 wechselte sie nach Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks in das Medienunternehmen, stieg zur Juristischen Direktorin auf. Seit 1. November 2011 ist sie Intendantin des MDR. Mitglied in zahlreichen Vorständen und Aufsichtsräten der Branche, unter anderem „Filmintendantin" der ARD. Am 1. Januar 2016 hat der MDR unter ihrer Leitung den ARD-Vorsitz übernommen.*



Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten (Abgeordnete mit Nebentätigkeiten ab 1000 Euro in dieser Legislaturperiode) Visualisierung: OpenDataCity für *FAZ.NET*

Datenjournalismus als Geschäftsmodell

VON BETTINA SCHELLONG-LAMMEL

Der Datenjournalismus ist ein junges journalistisches Genre, das seit 2010 immer mehr an Bedeutung gewinnt. Marco Maas war einer der ersten Journalisten, die das Potenzial der Visualisierung von Daten mit journalistischen Mitteln erkannten. Er ist heute der gefragteste Datenjournalist Deutschlands und seine Firma OpenDataCity Marktführer auf diesem Gebiet. Er selbst bezeichnet sich als Netzaktivist, Datenjournalist, Programmierer und Unternehmer.

Marco Maas wollte schon als Schüler Online-Journalist werden. Vor 25 Jahren steckte das Internet noch in den Kinderschuhen und keiner ahnte, dass sich heute niemand mehr eine Welt ohne Smartphone, Tablets und Internet vorstellen kann. Wenn Marco Maas erzählt, wie er Anfang der 1990er-Jahre im Jugendcentrum Eutin (Schleswig-Holstein) mit großer Begeisterung zum ersten Mal einen Computer einschalten durfte und über einen Browser ins Internet gelangte, hört sich das an wie eine Geschichte aus einer längst vergangenen Zeit. „Ich war 16, hatte einen Compuserve Account und war vom Internet fasziniert. Schon damals war mir klar, dass sich das Internet durchsetzen wird. Ich ahnte, dass sich damit ungeahnte Chancen eröffnen, die unsere analoge Welt in eine digitale verwandeln und sie völlig umkrempeln werden. Wenn das auch damals viele belächelten und sogar dachten, das Internet sei eine Modeerscheinung, die bald wieder verschwinden würde."

Mit ein paar Mitschülern gründete Maas 1991 eine Web-AG, und die Jungs begannen damit, für kleine Firmen am Ort und in der Umgebung die ersten Websites zu bauen. „Die Seiten sahen echt schräg aus, und wir mussten den Schreinermeister, die Autowerkstatt oder den Bäcker natürlich erst davon überzeugen, dass sie eine Website brauchen, weil sie in Zukunft ihre Aufträge online bekommen werden. Wirklich geglaubt haben die uns das wahrscheinlich nicht, und von Design hatten wir natürlich auch keine Ahnung, aber die ersten Seiten standen bald im Netz."

> Daten zu visualisieren und journalistisch umzusetzen ist mit einem hohen Zeitaufwand verbunden.

Neben seinen Netzaktivitäten jobbte Marco Maas als Schüler beim Ostholsteiner Anzeiger und schrieb seine ersten Texte. Er studierte nach dem Abitur Medientechnik, arbeitete als freier Fotograf und kam über ein Praktikum 1999 zum Norddeutschen Rundfunk in Hamburg. ▶

Grafik oben: OpenDataCity • Foto rechts: Bernd Lammel

Yosemite Rim Fire

Maas hatte sich auf einen Praktikumsplatz in der Nachrichtenredaktion des *NDR* beworben, weil er sich vorstellte, dass dort richtiger Journalismus gemacht wird. Sein größter Wunsch aber war die Online-Redaktion des Senders. „Die bestand damals aus vier Mitarbeitern – einem Abteilungsleiter, einem Administrator für die Technik und zwei Sekretärinnen. Bevor ich dort als Praktikant einstieg, fragte mich die Leiterin der Aus- und Fortbildung, weshalb ich unbedingt in die Online-Redaktion wolle. Sie gab mir den Rat, mich lieber für etwas Vernünftiges zu entscheiden", sagt Maas.

Beim *NDR* blieb Maas acht Jahre, und in dieser Zeit professionalisierte sich die Online-Redaktion des Senders. Maas übernahm die Schnittstellen-Funktionen zwischen Technik und Redaktion, die Beratung von Fernseh- und Radioredaktionen sowie den Aufbau diverser Services wie zum Beispiel Audio- und Videostreaming, Podcasting, Live-Streaming und Eventbegleitung und machte sich als Online-Journalist und Entwickler von Onlinekonzepten einen Namen.

Im Jahr 2008 bloggte Marco Maas auf *gipfelblog.de* kritisch über den G8-Gipfel in Heiligendamm. Für diese Berichterstattung wurde er mit dem CNN Journalist Award in der Kategorie Online ausgezeichnet.

Quelle: OpenDataCity

Das Datenzentrum der NSA in Utah kann fünf Zettabytes (fünf Milliarden Terabyte) speichern. Damit können im Vergleich zu den Stasi-Akten fast eine Milliarde Mal mehr Daten erfasst werden

Maas war ab 2009 mitverantwortlich für die Wahlberichterstattung von *ARD* und *ZDF* und maßgeblich an der Entwicklung des *ZDF* Parlameters beteiligt.

Foto: Bernd Lammel

Datenjournalist Marco Maas und Entwickler Malte Burkhardt von der Firma OpenDataCity in Hamburg

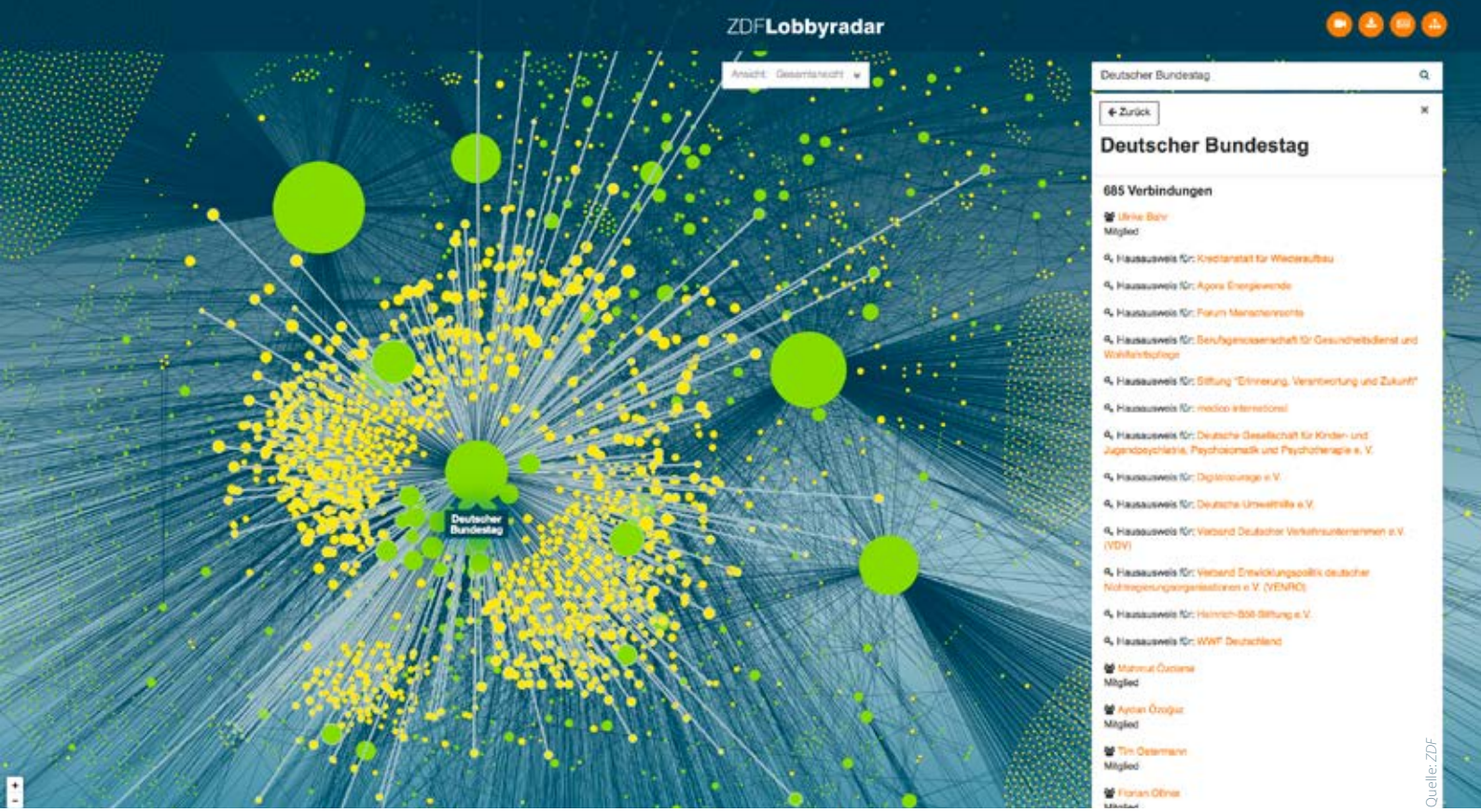
Die Visualisierungsfirma 4=1 GmbH erkannte das Potenzial des Onliners und konnte ihn als Entwicklungsredakteur gewinnen. Maas war ab 2009 mitverantwortlich für die Wahlberichterstattung von *ARD* und *ZDF* und maßgeblich an der Entwicklung des *ZDF* Parlameters beteiligt. Dafür wurden er und das Team von 4=1 im gleichen Jahr mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet.

Mit dem *ZDF* Parlameter können die User das Geschehen oder die Abstimmungen im Bundestag online verfolgen und sehen, wie viele Abgeordnete ihre Stimme abgegeben haben. Die Informationen werden im Deutschen Bundestag automatisch aus den PDFs extrahiert, manuell gesichtet, aufbereitet und veröffentlicht. Und zu jedem Abgeordneten werden auf Wunsch zusätzliche Informationen geliefert.

Ende 2010 gründete Marco Maas gemeinsam mit Lorenz Matzat die Firma OpenDataCity, eine Agentur für Datenjournalismus und Datenvisualisierungen. „Datenjournalismus ist ein sehr anspruchsvolles Gebiet, auf dem man als Journalist allein nicht viel erreichen kann. Um Daten zu visualisieren braucht man neben Journalisten auch sehr gute Entwickler, die nicht nur die technische Umsetzung im Blick haben, sondern auch in der Lage sind, das Thema journalistisch zu sehen", sagt Marco Maas. Seit Sommer 2011 ist deshalb Software-Entwickler Michael Kreil im Team von OpenDataCity, und der Pool ist um sieben Programmierer, eine Grafikerin und einen Datenjournalisten angewachsen, der früher bei der Financial Times Deutschland Entwicklungsleiter war und ebenfalls sehr gut programmieren kann.

Für die *Taz* programmierte OpenDataCity 2011 eine detaillierte Fluglärmkarte zum Flughafen Berlin-Brandenburg (BBR), auf der genau nachvollzogen werden kann, wo der Lärm wirklich am größten ist.

Im gleichen Jahr ging im Auftrag von *Zeit online* das Projekt „Verräterisches Handy" online. Hintergrund: Der Grünenpolitiker Malte Spitz hatte seine Handydaten von der Telekom eingeklagt und *Zeit online* zur Verfügung gestellt. OpenDataCity konnte auf Basis dieser Daten alle Bewegungen von Spitz in dieser Zeit nachvollziehen. Maas:



Quelle: *ZDF*

Das neue *ZDF*-Lobbyradar schafft Transparenz. Das Projekt entstand in einer Kooperation der *ZDF*-Redaktion heute.de mit dem Medieninnovationszentrum Babelsberg (MIZ) und wurde von OpenDataCity umgesetzt

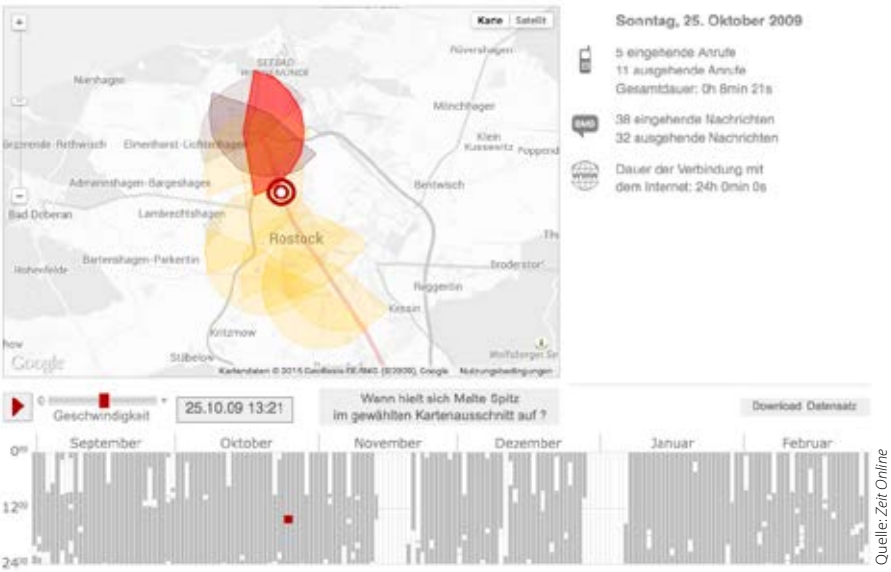
„Die Geodaten haben wir mit frei im Netz verfügbaren Informationen aus dem Leben des Abgeordneten verknüpft. Zusätzlich konnte auf einem Kalender verfolgt werden, wann der Politiker an welchem Ort war." Für dieses datenjournalistische Projekt wurden OpenDataCity und mit dem Lead Award in Gold in der Kategorie Online: Web-Special des Jahres (Vorratsdatenspeicherung) ausgezeichnet, und sie erhielten den Grimme Online Award in der Kategorie Spezial für die Visualisierung von Mobilfunk-Vorratsdaten.

2012 ging der Zugmonitor online, den Maas und das Team von OpenDataCity im Auftrag der *Süddeutschen Zeitung* erstellten. Der Decoder für den Bahn-Stau dokumentiert in einer interaktiven Grafik exakt das Ausmaß und die Ursachen der Verspätungen von Fernzügen bei der Deutschen Bahn.

Seit seiner Gründung hat OpenDataCity mehr als 15 datenjournalistische Großprojekte visualisiert und konnte viele Auftraggeber hinzugewinnen. Neben NGOs und Universitäten ist Maas inzwischen auch mit Stiftungen im Gespräch. Daten zu visualisieren und journalistisch umzusetzen ist mit einem hohen Zeitaufwand verbunden und natürlich mit Kosten. Die richten sich danach, ob bereits ein Datensatz vorliegt, wie zum Beispiel bei Handy-Vorratsdaten, oder ob die Daten ausgelesen und erstellt werden müssen, wie beim Zugmonitor. „Über Geld spricht man nicht, aber der Zugmonitor hat einen fünfstelligen Betrag gekostet", sagt Maas.

Der Datenjournalismus als journalistische Disziplin wird immer mehr an Bedeutung gewinnen und in Zukunft die herkömmlichen trockenen Formen der Statistik ablösen.

https://opendatacity.de/portfolio



Quelle: *Zeit Online*

Auf Basis der Handydaten, die der Grünenpolitiker Malte Spitz von der Telekom eingeklagt und *Zeit Online* zur Verfügung gestellt hatte, konnten alle seine Bewegungen innerhalb eines halben Jahres nachvollzogen werden

Datenjournalismus *(englisch data driven journalism, ddj), wörtlich übersetzt Daten-getriebener Journalismus, ist eine Form des Online-Journalismus, der sich ab 2005 aus der computergestützten Recherche entwickelte. Datenjournalismus bedeutet nicht nur die Recherche in Datenbanken, sondern die Sammlung, Aufbereitung, Analyse und Publikation öffentlich zugänglicher Informationen sowie ihre Verarbeitung in klassischen journalistischen Darstellungsformen. Datenjournalismus stützt sich sowohl auf die Informationsfreiheitsgesetze, die Verwaltungen vieler demokratischer Staaten nach dem Öffentlichkeitsprinzip zur Herausgabe ihrer Informationsbestände verpflichten, als auch auf das organisierte Whistleblowing großer Datenmengen, das mit Internetplattformen wie WikiLeaks an Bedeutung gewann.*

Die Schwarmfinanzierung funktioniert auch für Journalisten

Foto: Rawpixel.com

Crowdfunding im Journalismus

Wenn Dein Verlag ein Schwarm ist

Vor kurzem ging auf der deutschen Crowdfunding-Plattform Startnext ein Projekt erfolgreich zu Ende, das vom Recherchezentrum Correctiv initiiert wurde. Dabei ging es darum, den Bundesrechnungshof durch eine Klage zur Transparenz zu zwingen.

Bereits im November 2014 hatte Correctiv den Bundesrechnungshof gefragt, wie oft Haushalte bestimmter Behörden geprüft würden und was die Prüftitel waren. Der Bundesrechnungshof antwortete nicht, Correctiv reichte daraufhin Klage ein. Auf den ersten Blick vielleicht nicht gerade ein journalistisches Projekt – doch wenn man genauer hinsieht, unterstützt Correctiv mit seiner Initiative alle Reporter und Journalisten, die sich in Zukunft mit Anfragen an den Bundesrechnungshof wenden.

Doch es gibt auch konkrete journalistische Projekte, die eine Finanzierung über die Crowd versuchen: So möchte „eine Gruppe idealistischer, print-begeisterter Dresdner ohne finanzstarken Verlag im Rücken" eine Zeitschrift mit dem Titel „360 Gramm Dresden" auf den Markt bringen. 360 Gramm ist das Heftgewicht, mindestens 13.000 Euro (die sogenannte Fundingschwelle) sollen zusammenkommen, dann kann das Heft produziert werden.

Auch Radio lässt sich mit der Crowd finanzieren, wie das Beispiel Refugee Radio Network aus Hamburg zeigt: Eine Gruppe geflüchteter Menschen hat sich im Oktober 2014 organisiert, um ein Forum zu gründen, das Menschenrechte und menschliche Entwicklung mit Hilfe der Meinungsfreiheit fördern und entwickeln soll. Das Forum nennt sich „Refugee Radio Awareness Network" und möchte mit dem Refugee Radio Network (RRN) ein Radioprogramm auf die Beine stellen, das Flüchtlingen und Migranten in prekären Lebensumständen eine Stimme verleiht und Gehör verschafft. Mit den 8.000 Euro, die über Startnext eingesammelt werden, sollen beispielsweise Werbematerialen und technisches Equipment bezahlt werden.

Doch was ist Crowdfunding eigentlich?

Crowd steht für den Schwarm, also eine größere Anzahl von Personen, Funding heißt Finanzierung, auf deutsch sagt man deshalb auch Schwarmfinanzierung – doch

So werden Crowdfunding-Kampagnen erfolgreich

Wer Geld über die Crowd einsammeln will, braucht

- ein neues Produkt oder eine ausgefallene Idee
- eine gute „Story" zum eigenen Projekt
- attraktive Gegenleistungen (rewards) für die Unterstützung des eigenen Projekts (wenn es nicht das Produkt selber ist, um das es geht)
- eine genügend starke eigene Community (wer gänzlich ohne Unterstützer startet, hat es nämlich schwer)
- idealerweise schon Erfahrung mit den sozialen Medien
- eine Vorbereitungszeit von mindestens zwei bis vier Wochen vor dem Start der Kampagne (besser mehr)

Hier findet Journalismus eine Crowd:

www.kickstarter.com
www.startnext.com
www.indiegogo.com (englischsprachig)
www.krautreporter.de (Genossenschaft)

der englische Begriff Crowdfunding hat sich mittlerweile durchgesetzt. Durch die Verteilung der Kosten und Risiken auf viele Schultern lassen sich so Projekte und Produkte finanzieren, die für einen Einzelnen oder ein Unternehmen allein kaum zu schultern wären. Geht es um Verlagsprojekte, gibt es ein artverwandtes Konzept schon etwas länger: Print on demand. Crowdfunding funktioniert nämlich im Prinzip nicht viel anders: Erst wenn genug „Bestellungen" eingegangen sind, wird ein Produkt erstellt, kann eine Sendung produziert werden oder wird eine Recherche angetreten.

Also ein geniales System für Journalisten? Ganz so einfach wie sich das Konzept auf den ersten Blick anhört, ist es dann leider doch nicht. Schließlich gilt es eine möglichst große Anzahl von Geldgebern zu aktivieren, damit dann am Ende auch ein nennenswerter Betrag zusammenkommt. Experten sehen deshalb im Crowdfunding eher eine Möglichkeit, sich bekannt zu machen, also ein Marketing-Instrument, um an die eigene Zielgruppe zu gelangen. Wenn dabei auch noch Gewinn gemacht wird, war die Crowdfunding-Kampagne ein Erfolg – fürs Projekt und für die Crowd.

Foto: Gil C

Kickstarter – die Plattform für Kreative

Walther Bruckschen *(Jahrgang 1961), Diplom-Kaufmann und Unternehmensberater, besitzt langjährige Erfahrungen als Chefredakteur von Fachzeitschriften und ist als freiberuflicher Journalist, Agenturgründer und Geschäftsführer sowie PR- und Marketingberater tätig. Als Q-plus-zertifizierter Gründungsberater ist er in der Beraterbörse der KfW gelistet und hat sich auf Gründer- und Führungskräftecoaching in der Medienbranche spezialisiert. Er betreut seit Januar 2013 federführend die Existenzgründungsberatung des Journalistenzentrum Deutschland.*

IPI-Weltkongress vom 18. bis 20. Mai 2017 in Hamburg

Ein starkes Signal für die deutsche Medienlandschaft

Ganz aktuell hat das International Press Institute (IPI) beschlossen, den kommenden Weltkongress nach Hamburg zu bringen. Das deutsche Komitee, in dessen dreiköpfigem Vorstand auch ein Vertreter des Journalistenzentrum Deutschland aktiv ist, wird diese Entscheidung nach Kräften unterstützen.

In Folge der Eröffnungsveranstaltung im Hamburger Rathaus wird nach jetzigen Planungsstand ein Townhall-Meeting stattfinden, bei dem sich Experten gemeinsam mit den Besuchern zu aktuellen Themen austauschen.

Auf dem Weltkongress, an dem seit 1950 in jedem Jahr hochrangige Medienmacher aus der ganzen Welt teilnehmen, wird IPI-Direktorin Barbara Trionfi den renommierten Press Freedom Hero sowie den Free Media Pioneer Preis verleihen. Ein Schwerpunkt wird die Pressefreiheit in Europa sein, wobei beispielsweise auf Ungarn, die Türkei, aber auch Deutschland geschaut wird.

Neben vielen weiteren Themen kommen die Rolle der Regionalzeitungen, Qualitätsjournalismus sowie die Unabhängigkeit der Medienaufsicht auf die Agenda. Praxisbezogene Workshops werden das Programm abrunden.

International Press Institute

Das International Press Institute ist die weltweit älteste Organisation im Engagement für die Pressefreiheit. Heute sind in der Organisation führende Redakteure und Zeitungsherausgeber aus 115 Staaten vernetzt. Mehr Informationen finden Sie in einer der kommenden Ausgaben des journalistenblatt oder, sobald verfügbar, direkt unter www.freemedia.at.

Hackathon: Trotz Namensähnlichkeit geht es nicht um Computerhacking

Beim Hackathon treffen Welten aufeinander

Kurz vorgestellt: nma, ein Accelerator-Programm der Verlagsbranche

Startups treiben in vielen Branchen den digitalen Wandel – auch in der News-, Content- und Medienindustrie. Für eine ganze Reihe von Verlagen ist die Kooperation mit der Gründerszene zu einem wichtigen Teil der Unternehmensentwicklung geworden.

Anders als die eingefahrenen internen Organisationen scheinen die jungen Internetfirmen noch am ehesten in der Lage, mit den rasanten Veränderungen im Markt und dem Nutzerverhalten Schritt halten zu können. Klar ist aber auch: die Zusammenarbeit mit und die Beteiligung an Startups ist ein Hochrisikogeschäft. Viele Medienhäuser konzentrieren sich deshalb darauf, in reife und bereits profitable Unternehmen zu investieren. Das reduziert das wirtschaftliche Risiko, hat aber den Nachteil hoher Einstiegspreise und begrenzter Mitsprache.

Stehen die Gründer noch am Anfang, sind der Kapitaleinsatz dagegen gering und die Beteiligungsmöglichkeiten groß. Dafür benötigen die Teams allerdings intensivere Betreuung, und die Gefahr des Scheiterns ist erheblich. Weil sich dieser Aufwand für einzelne Medienhäuser kaum lohnen würde, hat die dpa im Frühjahr letzten Jahres mit neun anderen Investoren aus dem Medienbereich in Hamburg den next media accelerator (nma) gegründet (accelerate = beschleunigen). Die Investition und begleitende Förderung im Rahmen eines Accelerator-Programms hat sich seit vielen Jahren etabliert – es gibt Accelerator-Programme als Wirtschaftsförderung, in denen öffentliche (Förder-)Gelder investiert werden, sehr viele sogenannte Corporate Accelerators, die von größeren Unternehmen gestartet wurden, um Talent und Ideen zu binden und unabhängige Programme, die branchen-agnostisch Unternehmen mit starkem Wachstumspotenzial fördern, um später an deren Wertzuwachs zu profitieren.

Die meisten sind „Network-/Mentor-centric". Das bedeutet, dass der Wert für die teilnehmenden Startups nicht nur durch das investierte Geld, sondern vor allem durch die Zugänge zu Kunden, Partnern und Mentoren entsteht und damit die Unternehmensentwicklung „beschleunigt" wird. Beteiligt am nma sind neben Axel Springer SE, Gruner+Jahr, Spiegel, Zeit, Libri, Weischer.Media, ddvg und dpa auch die Medienholding Nord (Flensburg) sowie der Local Publisher Pool (LPP) als Verbund von sechs Regionalzeitungen. Ihm gehören die media + more service GmbH (Heilbronn), die Rhein Main Digital GmbH (Mainz), die Haas New Media GmbH (Mannheim), die Medien Beteiligungs- und Verwaltungs-

Foto oben: totallypic

gesellschaft mbH (Bremen), die SDZ Druck und Medien GmbH & Co. KG (Aalen) und die Badisches Pressehaus GmbH & Co. KG (Freiburg) an.

Gerade diese Pool-Struktur ist ein guter Grund für Startups aus ganz Europa, sich beim nma zu bewerben. Im Gegensatz zu vielen anderen Corporate Accelerators, bei denen ein größeres Unternehmen als Träger auftritt, spricht man beim nma als Startup quasi mit der ganzen Branche, statt sich gleich an einen einzigen strategischen Investor zu binden und für andere Partner unattraktiv zu werden oder von dessen Strategie abhängig zu sein.

nma wird als neutraler Accelerator von vielen namhaften Medieninvestoren getragen

Das Management-Team freut sich vor allem darüber, dass der next media accelerator knapp ein Jahr nach seiner Gründung für Medien-Startups in ganz Europa zu einem Begriff geworden ist: „Die Tatsache, dass wir als neutraler Accelerator von so vielen namhaften Medieninvestoren getragen werden und darüber auch viele Zugänge zum größten Medienmarkt Europas anbieten können, macht uns auch für gute Teams aus Skandinavien, Polen, Spanien und sogar aus Israel interessant. Da haben wir ein echtes Alleinstellungsmerkmal." Die Programm Managerin Sabela Garcia Cuesta, die neben ihrer Muttersprache Spanisch nicht nur Englisch, Französisch, Italienisch und Deutsch sondern eben auch die Sprache der Startups spricht, hat daran erheblichen Anteil. Sie kümmert sich ebenfalls darum, den nma auf Startup-Events in den europäischen Metropolen zu präsentieren.

Neben der Auswahl und Betreuung attraktiver und wirtschaftlich erfolgreicher Startups hat der next media accelerator zusätzlich den Auftrag, seine Gesellschafter, aber auch andere Medienhäuser in der digitalen Transformation zu unterstützen. Das dafür entwickelte Angebot aus Hackathons, Workshops und Pitch-Events findet großes Interesse. Ein Hackathon ist ein mehrtätiges Kreativ-Event mit Teilnehmern aus verschiedenen Medienhäusern, anderen Unternehmen und Branchen, Studenten, Nachwuchstalenten und branchenfremden Gästen, das der nma für interessierte Verlage und Sender organisiert – hier treffen mit Absicht verschiedene Welten aufeinander. Die bunt zusammen gewürfelten Teams entwickeln in gut zwei Tagen, ausreichend versorgt mit Energydrinks und gutem Essen, zukunftsweisende Prototypen. Am Ende werden die Konzepte in einem Pitch vorgestellt und eine Jury entscheidet, wer die Preise für die innovativste Idee, die beste Lösung für ein bestimmtes Problem oder die beste Umsetzbarkeit zum Produkt verdient hat.

Für das Medienhaus hat ein erfolgreicher Hackathon mindestens zwei Effekte: die eigene Mannschaft erlebt im Teamwork mit der Gründerszene, wie schnell und einfach sich im konzentrierten Startup-Modus praktikable Lösungen entwerfen lassen, die dann als sogenanntes Minimum Viable Product (MVP) mit ersten Testkunden erprobt und weiter entwickelt werden können. Zugleich positioniert es sich als wertvoller Partner der regionalen Gründerszene und bekommt Zugang zu Talenten und Ideen. Sehr erfolgreiche Hackathons fanden schon mit der *Tagesschau/NDR,* der *Mittelbayerischen Zeitung* und dem *Handelsblatt* statt. Der nma selbst hat kürzlich den ersten eigenen Hackathon zum Thema „Future of digital advertising" veranstaltet. Neben dem „digitalen Wandel zum Anfassen" sind Hackathons auch für alle Teilnehmer wichtige Netzwerk-Veranstaltungen – in Zukunft ist fast jeden Monat eines dieser Events geplant.

Foto: 360b

Die Deutsche Presse Agentur hat das Programm initiiert

Foto: dotshock

Die Pool-Struktur ist ein guter Grund für Startups aus ganz Europa, sich zu bewerben

Dirk Herzbach *ist der CEO von next media accelerators (nma). nma hat sich auf Startups konzentriert, die Produkte im Medien- und Werbeumfeld anbieten. Dirk Herzbach gründete bereits selbst erfolgreich die Internetportale platzda.de, homewhere.io und UmzugEasy. Das YouIsNow Lab von Immobilienscout24 wurde von ihm mitaufgebaut und er hat den E.ON:agile accelerator ins Leben gerufen. www.nma.vc*

Presseball Berlin

Tradition seit 1872 – ein Ball mit großer Geschichte im Zeichen der Presse- und Meinungsfreiheit …

Foto: Privatarchiv

Seit 1872 gehört der Presseball Berlin, der als Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten notleidender Journalisten ins Leben gerufen wurde, zu den schönsten und wichtigsten Begegnungsplattformen für Persönlichkeiten aus der internationalen Medienwelt, sowie relevanten Exponenten aus Wirtschaft, Kultur, Politik, PR, Werbung und Kommunikation.

Gleichzeitig ist der Presseball auch ein Ball der Interkulturalität, Künstler und Schriftsteller, die diesem Abend das besondere Flair verleihen. Persönlichkeiten aus Gesellschaft & Politik wie Walter Scheel, Karl Carstens, Franz Josef Strauß, Willy Brandt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Helmut Schmidt, die Berliner Bürgermeister Edzard Reuter, Eberhard Diepgen, Walter Momper, Klaus Wowereit, aus der Kultur- und Musikszene wie Claudio Abbado, Gilbert Bécaud, Ray Charles, Marlene Dietrich, Engelbert Humperdinck, Wilhelm Furtwängler, Hildegard Knef, Gina Lollobrigida, Brigitte Nielsen, Spitzensportler wie Max Schmeling, Arthur Abraham, Automobilkonstrukteur und Gründer Ferdinand Porsche, Verlagsgrößen wie Friede und Axel Springer, Nobelpreisträger wie Schriftsteller Günter Grass, um nur einige zu nennen – haben zur Bedeutung und Popularität des traditionellen Presseball Berlin beigetragen.

Bild oben: Ansicht vom Presseball 1895. Der Börsenjournalist Georg Schweitzer (dritter von rechts, erste Reihe) gehörte zu den Mitbegründern der Balltradition

… werden auch Sie ein Teil dieser Geschichte:

Der 116. Presseball Berlin findet am 14. Januar 2017 statt. Das gesellschaftliche Event kehrt ins Maritim Hotel zurück. Erwartet werden prominente Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur, Sport und Medien. Sie kommen nicht nur, um eine rauschende Ballnacht zu erleben, sondern auch, um die Kontaktpflege mit dem Vergnügen zu verbinden. Der Presseball kehrt zu seinen ursprünglichen ideellen Zielen zurück und möchte Medienmacher und Menschen aus unterschiedlichen Berufen, Bereichen und gesellschaftlichen Schichten verbinden. Seien Sie live dabei und feiern Sie diese wunderbare Tradition von Charity …

- *Galabuffet und Getränke inklusive. Ob kalt oder warm – ob herzhaft oder süß – das Galabuffet verführt Ihren Gaumen. Zum Mitternachtsimbiss lädt Berlins bekannteste Currywurst ein*
- *Moderierter Abend – musikalische Top-Acts wie die SWR Big Band und Livin Music Family sorgen für Unterhaltung + stimmungsvolle Diskothek im Saal Berlin. Viele zusätzliche Lounge- & Areabereiche laden zum Probieren, Bestaunen und Genießen ein*
- *Der Erlös der legendären Tombola kommt „Reporter ohne Grenzen" und „Kinder in Gefahr" zugute*
- *Entdecken Sie die Casino Lounge „mit dem Glamour von Monte Carlo"*
- *Als Andenken erhalten alle Gäste die traditionelle Balltasche*
- *35 Prozent Ermäßigung auf die Eintrittskarten für alle Journalisten von DPV und bdfj. Wie, erfahren Sie unter www.presse-konditionen.org (bei Suche „Presseball" eingeben")*
- *Detaillierte Informationen finden Sie ab Oktober 2016 auf www.presseball.de*

Helmut Kohl und Wolfgang Gruner auf dem Presseball Berlin 1976

Foto: Deutsches Historisches Museum/Berlin

14. JANUAR 2017

MARITIM HOTEL BERLIN

„EIN BALL MIT GROSSER GESCHICHTE IM ZEICHEN DER
PRESSE- & MEINUNGSFREIHEIT
... WERDEN AUCH SIE EIN TEIL DIESER GESCHICHTE.

35% RABATT AUF ALLE KARTEN KATEGORIEN FÜR DIE MITGLIEDER IM

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

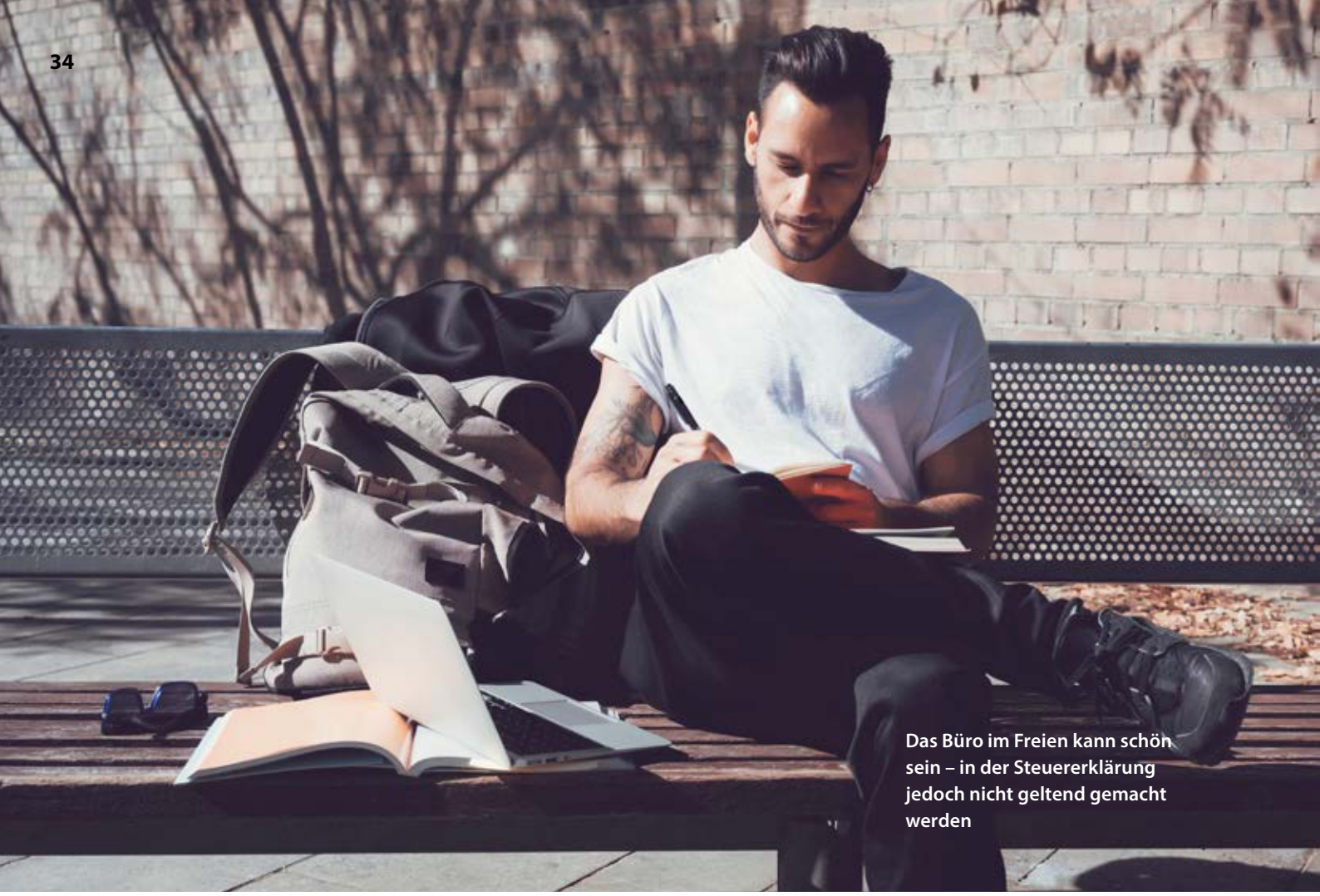
DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

INFOS & TICKETS WWW.PRESSEBALL.DE
HOTLINE: 030 - 351 03 446 | MAIL: INFO@PRESSEBALL.DE

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG

Spreeradio · evian · TESLA · Berlin.de · Beam Suntory · Villa Caviciana · Spielbank Berlin · Tanzschule Broadway · topmagazin Berlin · Boehlke Beleuchtungstechnik · Marketing Club Berlin · Curry 36 · Goldenfoot The Champions Promenade · Maritim Hotel Berlin



Das Büro im Freien kann schön sein – in der Steuererklärung jedoch nicht geltend gemacht werden

Neues zu Arbeitszimmer und Arbeitsecke

Machtwort des Bundesfinanzhofs

Journalisten, welche ein häusliches Arbeitszimmer ganz überwiegend für ihre betriebliche oder berufliche Tätigkeit nutzen, können die Kosten dafür bis zu Euro 1.250,00/Jahr steuerlich geltend machen. Dies setzt voraus, dass für die anfallende „Büroarbeit" kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Unbegrenzt sind die Arbeitszimmerkosten nur dann abziehbar, wenn der Raum den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen beziehungsweise beruflichen Betätigung bildet.

Üblicherweise werden die Aufwendungen für das Arbeitszimmer (anteilige „laufende Kosten" des Gebäudes inklusive Abschreibungen) nach dem Verhältnis der Arbeitszimmerfläche zur Gesamtfläche des Hauses bzw. der Wohnung ermittelt.

Hinweis: Angestellte Journalisten können grundsätzlich keinen unbeschränkten Abzug für ein häusliches Arbeitszimmer erreichen, weil sich sowohl ihr qualitativer als auch der quantitative Arbeitsschwerpunkt regelmäßig an ihrer Arbeitsstätte befinden wird.

Die Arbeitsecke in der Privatwohnung

Oftmals verfügen Berichterstatter in ihrer privaten Wohnung nicht über ausreichend Platz, um gleich einen ganzen Raum vollständig und dauerhaft nur als Arbeitszimmer zu nutzen. In diesen Fällen liegt es nahe, eine Arbeitsecke einzurichten, um die notwendigen betrieblichen/beruflichen Tätigkeiten zu erledigen. Die anteiligen Raumkosten für solche Arbeitsecken sollten eigentlich steuerlich abzugsfähig sein. Nicht zuletzt deshalb, weil der Bundesfinanzhof bereits 2009 entschieden hatte, dass beruflich und privat veranlasste Kosten zumindest teilweise abziehbar sein können, wenn ein geeigneter Aufteilungsmaßstab vorliegt.

Hinweis: Die Finanzgerichte waren sich in dieser Frage bislang allerdings nicht einig. Teilweise wurden die anteiligen Kosten für „Arbeitsecken" in privat genutzten Räumen anerkannt und teilweise abgelehnt. Auch die Richter innerhalb des Bundesfinanzhofs konnten sich nicht einigen, sodass die Problematik dem Großen Senat zur Grundsatzentscheidung vorgelegt wurde.

Ende Januar hat der Bundesfinanzhof seine lang erwartete Grundsatzentscheidung veröffentlicht. Entgegen der Auffassung vieler Experten ist der Große Senat des Bundesfinanzhofs der Meinung, dass Aufwendungen für einen Raum, der

Foto oben: Sfio Cracho

Kostenlose Hilfe rund um das Steuerrecht

DPV und bdfj stehen ihren Mitgliedern mit einer kompetenten Steuerberatung zur Seite. Diese wird federführend durch Dipl.-Kffr. Gabriele Krink durchgeführt, welche seit vielen Jahren als Steuerberaterin tätig ist. Die Tätigkeits- und Interessenschwerpunkte ihrer Kanzlei liegen auf der Betreuung von freien Berufen und von Unternehmen der Medienwirtschaft. Der engagierte Beistand für festangestellte Journalisten & Kommunikationsfachleute zählt ebenfalls zu den wesentlichen Aufgaben. Die Steuerberatung verschafft einen Überblick und bietet eine allgemeine Beratung sowie schnelle Orientierung bei Steuerfragen aus dem Aufgabenbereich Presse- & Medien in Deutschland. Weitere Informationen erhalten interessierte Journalisten in der Bundesgeschäftsstelle oder unter **www.journalistenberatung.net.**

in mehr als nur geringfügigem Umfang zu privaten Zwecken genutzt wird, insgesamt nicht abziehbar sind. Damit scheidet eine Aufteilung und anteilige Berücksichtigung im Umfang der betrieblichen oder beruflichen Verwendung aus – das betrifft insbesondere „klassische Arbeitsecken" im Wohnzimmer oder in anderen privat genutzten Räumen.

Nach Ansicht der obersten Richter lässt sich der Umfang der betrieblichen beziehungsweise beruflichen Nutzung nicht objektiv überprüfen. Insbesondere sei ein „Nutzungszeitenfahrtenbuch" nicht kontrollierbar und auch eine Schätzung erscheine mangels hinreichender Maßstäbe nicht möglich.

Hinweis: Diese Ausführungen überzeugen keineswegs und dürften auch von der Fachkommentierung heftig kritisiert werden. Schließlich werden Fahrtenbücher bei der privaten Pkw-Nutzung schon jahrelang berücksichtigt und auch bei der beruflichen Nutzung eines Computers erkennen die Finanzbehörden vergleichbare Aufzeichnungen an. Gleichwohl müssen sich Steuerpflichtige nun darauf einstellen, dass die Finanzämter künftig anteilige Kosten für betrieblich/beruflich mitgenutzte Privaträume sehr genau unter die Lupe nehmen und gegebenenfalls nicht mehr zum Abzug zulassen. Dem Grunde nach kommt ein Abzug jetzt nur noch für solche Räume in Betracht, die zu mindestens 90 Prozent betrieblich oder beruflich genutzt werden.

Kosten der Ausstattung bleiben begünstigt

Ungeachtet der Nichtabziehbarkeit der anteiligen Raumkosten muss es natürlich weiterhin möglich sein, die Ausgaben für die büromäßige Ausstattung der Arbeitsecke oder des Zimmers als Betriebsausgaben beziehungsweise Werbungskosten abzuziehen. Dies betrifft insbesondere Aufwendungen für den Schreibtisch, die Regale, einen Computer und sonstige Arbeitsmittel.

Ausweichgestaltung: Da auch der Kostenabzug für ein ganz überwiegend betrieblich/beruflich genutztes häusliches Arbeitszimmer eingeschränkt ist (Grenze EUR 1.250,00), kann bei Bedarf nach wie vor überlegt werden, einen Raum außerhalb der häuslichen Sphäre anzumieten und als Arbeitszimmer zu nutzen. In einem solchen Fall wären die gesamten Raumkosten begünstigt.

Foto: Jorg Hackemann

… die Finanzgerichte unterschieden bisher uneinheitlich. Der Bundesfinanzhof erteilte nun eine Absage

Foto: Halfpoint

Die Arbeitsecke sollte nach dem Ermessen vieler Steuerfachleute steuerlich absetzbar sein …

Dipl.-Kffr. Gabriele Krink *ist seit langem als Steuerberaterin etabliert. Die Tätigkeits- und Interessenschwerpunkte ihrer Kanzlei liegen u. a. auf der Betreuung von freien Berufen und dem engagierten Beistand für fest angestellte Journalisten & Kommunikationsfachleute. Sie leitet federführend das Team, welches den Mitgliedern von DPV und bdfj im Rahmen der kostenfreien Steuerberatung kompetent zur Seite steht.*

Der Rest unterm Strich

Was Freiberuflern von ihrem Honorar wirklich übrigbleibt

Es klingt erst einmal nach einer Menge Geld, wenn freiberufliche Journalisten ihren Stunden- oder Tagessatz nennen. „So viel würde ich auch gerne verdienen", entfährt es da schnell mal dem Kunden. Was dabei oft missverstanden wird: Der Betrag, den ein Freiberufler als Honorar in Rechnung stellt, wandert keineswegs in voller Höhe in seine Tasche.

Wie jedem Unternehmer entstehen auch einem Freiberufler viele Ausgaben. Erst nach Abzug all dieser Posten lässt sich ermitteln, wie hoch der tatsächliche Nettoverdienst ist. Und dabei sollte auch berücksichtigt werden, dass Freiberufler mit Leerlaufzeiten rechnen müssen, in denen sie keine Einnahmen generieren können. Im Vergleich zu ihren festangestellten Kollegen tragen Freiberufler das volle Risiko eines Verdienstausfalls – etwa bei zahlungsunwilligen Kunden, bei einer Auftragsflaute, bei Urlaub oder Krankheit.

Bei der Kalkulation des eigenen Stunden- oder Tagessatzes sollten Freiberufler diese Faktoren unbedingt mit einbeziehen. Welche Kosten sie auf der Ausgabenseite berücksichtigen müssen, ist individuell verschieden. Einige Posten fallen in jedem Fall an. Dazu gehören zum Beispiel Steuern und bestimmte Versicherungen. Wenn Arbeitnehmer von ihrem Netto sprechen, meinen sie den Lohn nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben für Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Diese können sie ihrer monatlichen Verdienstübersicht entnehmen. Der Nettolohn wird überwiesen und steht dem Arbeitnehmer dann in voller Höhe für private Ausgaben wie Miete und Lebenshaltungskosten zur Verfügung. Bei Freiberuflern jedoch ist das Netto – also der Verdienst unterm Strich – erst nach der Einkommensteuerabrechnung sichtbar.

Von ihren Einnahmen, also ihrem Bruttoeinkommen, müssen Freiberufler zunächst einen Teil für das Finanzamt zurücklegen. In der Regel überweisen sie monatlich, vierteljährlich oder jährlich eine Steuervorauszahlung. Die Finanzbehörde legt die Höhe dieser Vorauszahlung auf Grundlage der erwarteten Einnahmen fest. Bei der Steuererklärung werden dann die bereits vorausbezahlten Steuern mit dem ermittelten Steuergesamtbetrag verrechnet. Wer als Freiberufler umsatzsteuerpflichtig ist, muss 19 Prozent Umsatzsteuer auf seine Honorarforderung aufschlagen. In bestimmten Fällen gilt der verminderte Satz von sieben Prozent. Bei der Umsatzsteuervoranmeldung wird der Betrag dann an das Finanzamt weitergegeben. Die Umsatzsteuer ist also keine Einnahme, sondern ein durchlaufender Posten. Manchen Auftraggebern ist das jedoch nicht bewusst.

Mitgliedsbeitrag für den Berufsverband steuerlich absetzbar

Neben den Steuern fallen für Freiberufler auch Sozialabgaben an. Die Krankenversicherung ist für jeden Bürger in Deutschland Pflicht. Gilt ein Freiberufler durch seine Tätigkeit als Künstler oder Publizist im Sinne des Künstlersozialversicherungsgesetzes, muss er auch Sozialversicherungsabgaben zahlen. Ansonsten kann er freiwillig in die Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung einzahlen, wenn er sich absichern möchte. Beschäftigt der freiberufliche Journalist einen Mitarbeiter, muss er für ihn neben dem Lohn auch Abgaben zahlen, wenn es sich um ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis handelt.

Auf der Ausgabenseite kommen unter Umständen außerdem Ausgaben für weitere freiwillige Versicherungen wie etwa die Berufshaftpflicht, die Vermögensschadenhaftpflicht oder eine Rechtsschutzversicherung dazu. Kosten für Steuern und Versicherungen fallen auch bei einem beruflich genutzten Kraftfahrzeug an. Wer als Freiberufler Büroräume anmietet oder eine teure technische Ausstattung besitzt, braucht unter Umständen weiteren Versicherungsschutz.

Übrigens: Bei freiberuflichen Journalisten besteht – anders als etwa bei freiberuflich tätigen Architekten oder Ärzten – keine Pflichtmitgliedschaft in einer Kammer. Und die Mitgliedsbeiträge für die Berufsverbände DPV beziehungsweise bdfj sind gemäß §9 EStG i.V.m. LStR H 36 als Werbungskosten oder nach §4 (4) EStG als Betriebsausgaben steuerlich abzugsfähig.

Mirjam Büttner

Foto: Tom Wang

Ein schöner Urlaub muss vorher verdient werden – anders als beim Arbeitnehmer fliesst das Geld nicht automatisch weiter auf das Konto

Fehler im Steuerbescheid

Viele Journalisten fertigen ihre Steuererklärungen selber an. Ist diese abgegeben und liegt dann später der Einkommensteuerbescheid im Briefkasten, so sind einige Dinge zu beachten.

Foto: Pejo

Eine Überprüfung des Steuerbescheides ist sinnvoll

Der Steuerpflichtige sollte den Einkommensteuerbescheid genau mit der beim Finanzamt eingereichten Steuererklärung abgleichen. Manche Bereiche in der Steuererklärung sind sehr fehleranfällig. Dazu gehören grundsätzlich Datenübertragungen und die Berücksichtigung von Bescheiden Dritter, zum Beispiel die Nachweise der privaten Krankenversicherung über die gezahlten Beiträge. Diese Werte sollten unbedingt mit den eigenen Erklärungen und Bescheiden der Krankenkasse abgeglichen werden. Das gilt ebenso für die in der Steuererklärung gemachten Angaben zu Werbungskosten und Betriebsausgaben.

Haben sich Fehler gefunden oder lassen sich Änderungen des Finanzamts nicht nachvollziehen, sollte der Steuerzahler innerhalb eines Monats nach Erhalt des Bescheids Einspruch einlegen. Dies ist übrigens auch dann möglich, wenn sich erst bei Prüfung herausstellt, dass man Kosten nicht geltend gemacht hat. Die Einspruchsfrist beginnt mit dem Tag, an dem das Finanzamt den Brief zur Post gegeben hat (Poststempel oder Datum des Steuerbescheids), plus drei Tage. Fällt der letzte der Drei-Tage-Frist oder das Ende der Einspruchsfrist auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, beginnt oder endet sie erst mit dem nächsten darauf folgenden Werktag. Liegt der Steuerbescheid erst später im Briefkasten, kann der Steuerpflichtige sich auch auf die tatsächliche Zustellung berufen, muss dies aber dem Finanzamt schlüssig darlegen.

Ist die Monatsfrist abgelaufen und ist versäumt worden, Einspruch einzulegen, kommt eine Änderung des Steuerbescheides nicht mehr in Betracht. Nur wenn das Finanzamt zu Lasten des Steuerpflichtigen noch einmal korrigieren möchte, darf auch der Bürger die zum Beispiel vergessenen Beträge gegenrechnen. Der Einspruch muss schriftlich erfolgen (per Post, Fax oder E-Mail) oder beim Finanzamt zur Niederschrift erklärt werden. Der Einspruch sollte grundsätzlich begründet werden. Die Begründung kann jedoch, wenn Eile geboten ist, auch nachgereicht werden.

Stellt sich bei der Prüfung heraus, dass durch das Finanzamt ein Fehler zugunsten des Steuerpflichtigen vorliegt, hängt das weitere Vorgehen davon ab, wer den Fehler begangen hat. Ist der Fehler beim Finanzamt durch unrichtige oder unvollständige Angaben des Steuerpflichtigen zustande gekommen, so ist der Steuerpflichtige verpflichtet, eine korrigierte Steuererklärung abzugeben. Unterlässt er dies, kann eine Anzeige wegen Steuerhinterziehung die Folge sein. Hat das Finanzamt selbst den Fehler des Steuerpflichtigen entdeckt, so muss dieser auch eine dadurch entstandene Erstattung zurückzahlen; hier kann das Finanzamt innerhalb einer Verjährungsfrist von 4 Jahren den Fehler bei der sogenannten „offenbaren Unrichtigkeit" korrigieren.

Und zu guter Letzt: Wenn der Steuerpflichtige eine wahrheitsgemäße Steuererklärung abgegeben hat und das Finanzamt sich dennoch zu Gunsten des Steuerpflichtigen verrechnet, ist dieser nicht verpflichtet, das Finanzamt auf diesen Fehler hinzuweisen.

Foto: R. Gino Santa Maria

Mit unwahren Angaben kann man auf die Nase fallen

Gabriele Krink

Der einfache Weg zur PressCreditCard

In der Bundesgeschäftsstelle gehen immer wieder Fragen zur Beantragung der exklusiven PressCreditCard ein. Einige Fragen zur Antragstellung möchten wir an dieser Stelle noch einmal kurz beantworten:

? Was passiert, nachdem ich einen Antrag auf Ausstellung ausgelöst habe?

! Nachdem der Antrag bei der ausstellenden Advanzia Bank eingegangen ist, werden die Daten und die Kreditwürdigkeit (Schufa, CEG) überprüft. Nach erfolgreicher Prüfung erhalten Sie eine Willkommens-E-Mail. Kurze Zeit später bekommen Sie Ihre gebührenfreie PressCreditCard (Mastercard Gold) per Post zugestellt. Neben der Karte beinhaltet der Brief zudem eine Antwortkarte, die Sie unterschrieben an die Advanzia Bank zurücksenden müssen, damit die Karte freigeschaltet werden kann.

Spätestens zwei Wochen nach Freischaltung bekommen Sie Ihre PIN zugestellt, die Ihnen ebenfalls Bargeldabhebungen an Geldautomaten ermöglicht. Sofern Sie den Kreditkartenantrag bereits unterschrieben eingereicht haben, erhalten Sie die Kreditkarte ohne Antwortkarte per Post zugestellt. Ihre PIN erhalten Sie in diesem Fall automatisch ca. zwei Wochen nach Zustellung der Kreditkarte.

? Wie kann ich sicher sein, dass der Antrag bei der Advanzia Bank wirklich eingegangen ist?

! Nach der Antragsstellung bekommen Sie sofort eine Bestätigungs-E-Mail über den Eingang Ihres Antrages zugesandt.

? Wird eine Schufa-Abfrage durchgeführt?

! Im Zuge der Antragsstellung genehmigen Sie der Advanzia Bank, dass eine Auskunftsanfrage über Sie bei der Schufa bzw. CEG durchgeführt werden darf. Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt, da die Advanzia Bank dem Bankgeheimnis unterliegt.

Unter **www.presscreditcard.de** sind die Anträge als Online-Formular sofort verwendbar oder stehen zwecks Ausdruck und anschließendem Versand per Post zum Download bereit.

Foto oben: Mathias Rosenthal

Engagement – RückBLENDE

Juli 2016

Internationale Literatur-Konferenz

Vertreter des Journalistenzentrum Deutschland besuchen die International Conference on Social Science, Literature, Economic and Education, welche vom Ontario College for Research and Development organisiert wird. Für die Berufsverbände DPV und bdfj ist dabei die Entwicklung von Werkzeugen zum Wissenstransfer von besonderer Bedeutung.

Arbeitsgruppensitzung des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB)

Die Arbeitsgruppe „Konzept für eine BFB-Initiative zum Wesen der Freiberuflichkeit" trifft sich zur Beratung, wie die Freien Berufe und ihre Grundwerte in der Öffentlichkeit durchgesetzt und noch stärker sichtbar gemacht werden können. Kernmerkmale der Freiberuflichkeit samt wichtiger Kennzahlen müssen dazu griffig aufbereitet und formuliert werden, um die Verantwortungsträger aus Politik und Wirtschaft zu informieren. Der BFB vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe in Deutschland. Der DPV ist seit langem stellvertretend für das Journalistenzentrum Deutschland Mitglied.

Deutsche Sektion des International Press Institute (IPI) tagt bei DPA

Die nationale Sektion des International Press Institute (IPI) ist Gast bei der DPA Deutsche Presse Agentur. Die IPI-Zentrale in Wien wird dabei durch die angereiste Direktorin Barbara Trionfi vertreten, welche unter anderem zu den Aktivitäten auf den Tätigkeitsfeldern Sicherheit für Journalisten, Verhalten bei Verunglimpfung von Journalisten insbesondere in Social Media Kanälen sowie Verteidigung von Kollegen gegenüber richterlichen Übergriffen berichtet. Gemeinsam wird beschlossen, den kommenden Weltkongress 2017 in Deutschland zu veranstalten. Vertreter des Journalistenzentrum Deutschland sitzen auch im Vorstand des deutschen Komitees von IPI. In der Organisation sind führende Redakteure und Zeitungsherausgeber aus 115 Staaten als Mitglieder vernetzt.

Juni 2016

Start der regelmäßigen Überprüfung der journalistischen Tätigkeit

Behörden und andere Institutionen erwarten zu Recht, dass die journalistische Tätigkeit der Inhaber von Presseausweisen regelmäßig geprüft wird. Wie in den letzten Jahrzehnten auch startet deshalb die regelmäßige Abfrage nach aktuellen Nachweisen. DPV und bdfj bedanken sich bei allen Betroffenen über ihr Verständnis für dieses zeitaufwändige Verfahren.

Ausgabe von Presseausweisen ausschließlich an Journalisten

Die Berufsverbände des Journalistenzentrum Deutschland erklären gegenüber den politischen Verantwortungsträgern ihre generelle Zustimmung zu einem Beschluss der Justizministerkonferenz, die Wiedereinführung von amtlich anerkannten Presseausweisen nach festgelegten Kriterien zu forcieren.

Mai 2016

Afrikanisches Film Festival

Die Vielfältigkeit Afrikas zeigt sich auch an den unterschiedlichen Dokumentationen, welche von dem aufstrebenden Kontinent stammen. Vertreter des Journalistenzentrum Deutschland verfolgen die Entwicklung der Medienlandschaft weltweit und begleiten das African Film Festival.

Vorstand hält bei Buchvorstellung Laudatio

Gemeinsam mit dem Offenbacher Oberbürgermeister hält ein Vertreter des Journalistenzentrum Deutschland die Laudatio bei der Vorstellung des neuen Buches „Der fremde Erfolgsfaktor". Moderiert von der TV-Journalistin Julia Bauer liest der Unternehmer Jamal Qaiser aus seinem Erstlingswerk. Im Anschluss findet eine konstruktive Diskussion mit dem Publikum statt.

Journalistenaustausch mit Iran

Auf Einladung von DPV und bdfj besucht eine Redakteurin der Iran Daily Newspaper für einen Journalistenaustausch Deutschland. Neben der Bundesgeschäftsstelle besucht sie Redaktionen und Medienhäuser an verschiedenen Orten der Republik. Der Aufenthalt dient der gegenseitigen Verständigung und dem Kennenlernen von Medienschaffenden aus Deutschland und dem Staat in Vorderasien. Ein weiterer Transfer in beide Richtungen ist geplant.

Neuer Webauftritt für das Medienmagazin journalistenblatt

Ab sofort finden Sie das aktuelle ebenso wie alle bisherigen Magazine unter www.journalistenblatt.de digital als E-Paper sowie im speicherfreundlichen PDF-Format, um gelesen, durchgeblättert, gespeichert und kommentiert zu werden. Ein Langzeitarchiv mit allen Editionen bietet den Mitgliedern von DPV und bdfj die Möglichkeit, lieferbare Ausgaben bei Interesse bequem nachzubestellen. Abgerundet wird die Sammlung durch eine Indexierung mit direkter Auffindefunktion.

Pressereise nach Teheran

Zum ersten Mal seit Ende der Sanktionen empfangen iranische Regierungsvertreter bei einer vom Journalistenzentrum Deutschland organisierten Pressereise ausländische Journalisten zum Gespräch in Teheran und antworten umfangreich auf die gestellten Fragen. Neben Freelancern sind Korrespondenten von beispielsweise *Frankfurter Allgemeine Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Kleine Zeitung* und *Die Zeit* mit von der Partie.

Aktuelle Hinweise zum Engagement des Journalistenzentrum Deutschland finden Sie unter www.berufsvertretung.de

IMPRESSUM

www.journalistenblatt.de
Herausgeber und Redaktion:
Journalistenzentrum Deutschland
Die Trägerverbände sind der
DPV Deutscher Presse Verband –
Verband für Journalisten sowie die
bdfj Bundesvereinigung
der Fachjournalisten
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040/8 99 77 99
Fax 040/8 99 77 79
redaktion@journalistenblatt.de
Stellv. Chefredakteur: Guido M. Sdrenka
Chefredaktion: Kerstin Nyst
V.i.S.d.P.: Andreas Christensen
Mantelproduktion:
Berliner Journalisten Verlagsgesellschaft
Schönhauser Allee 122
D-10437 Berlin
Tel. 030/28 50 43 33
Fax 030/28 50 43 34

Der Bezug ist in den Mitgliedsbeiträgen von DPV und bdfj ohne Aufpreis enthalten. Die Veröffentlichungen externer Autoren geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte oder Bilder und Illustrationen kann keine Haftung übernommen werden.

Der Nachdruck ist, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

www.journalistenblatt.de

Sie sind Journalist?

Profitieren Sie von hervorragendem Service, Fachinformationen, qualifizierter Beratung, Presseausweis, wirksamem Engagement, Medienversorgung und zahlreichen weiteren Leistungen.

Die Journalistenverbände informieren Sie gerne:

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Journalistenzentrum Deutschland
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040 / 8 99 77 99
info@journalistenverbaende.de

www.journalistenverbaende.de